



#offen geht

Zu den einzelnen Texten gelangen Sie schnell durch Anklicken des Beitrags im Inhaltsverzeichnis.

Über das Symbol  gelangen Sie wieder zurück zum Inhaltsverzeichnis.

INHALT

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN

- 4 **Gemeinsames Wort der Kirchen zur Interkulturellen Woche 2021 – #offengeht**

THEMEN UND PERSPEKTIVEN DER VIELFALTSGESELLSCHAFT

- 6 **#offengeht – für eine gerechte und solidarische Welt**
Dr. Beate Sträter und Friederike Ekol



Die Vielfaltsgesellschaft gestalten und verteidigen

- 9 **Der Elefant im Raum** | Wir alle haben Vorurteile, was sie aber nicht besser macht – Selbsterkenntnis ist hier der erste Weg zur Besserung | Beate Küpper
- 13 **Alles Einzelfälle?** | Angesichts von Rassismusbewerten und rechtsextremen Umtrieben schwindet das Vertrauen in die Polizei – Das Gegenmittel: Mehr Kontakte und Gespräche | Canan Topçu
- 16 **»Der deutsche Kolonialismus wird kleingeredet«**
Jeff Kwasi Klein spricht über Anti-Schwarzen Rassismus und die Privilegien weißer Menschen | Jutta Weduwen
- 18 **»Dieses Land ist zu schön, um es Menschen zu überlassen, die nur hetzen und hassen wollen«**
Karamba Diaby über das Demokratiefördergesetz, mehr Vielfalt in den Parteien und den Anschlag auf sein Wahlkreisbüro | Steffen Blatt
- 21 **Ein Meilenstein auf dem Weg zur Einwanderungsrepublik** | Die Ergebnisse des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus – Eine Einschätzung | Johannes Brandstätter

9 Der Elefant im Raum



Foto: shutterstock/asiandelight

18 Karamba Diaby über das Demokratiefördergesetz



© Ute Langkafel MAIFOTO

22 Europa treibt den Ausstieg aus dem Flüchtlingsschutz voran



© IMAGO/Pixsell

Menschenrechte für Geflüchtete?!

- 22 Europa treibt den Ausstieg aus dem Flüchtlingsschutz voran** | 70 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention | Günter Burkhardt
- 26 Ein Schiff von uns, von euch, von allen**
United4Rescue: Wie wir gemeinsam ein Schiff ins Mittelmeer schickten | Ansgar Gilster
- 29 Kommunale Aufnahmebereitschaft von Geflüchteten** | Deutscher Städtetag

Ankommen und bleiben

- 30 Mein Vater und der rote Traktor** | Ab 1961 kamen systematisch Gastarbeiter*innen aus der Türkei nach Deutschland – ihre Geschichten und die ihrer Kinder kommen in der Deutschen Erinnerungskultur bisher kaum vor | Dr. Çiçek Bacık
- 33 Neustart in Zeiten der Pandemie** | Das große Engagement der Ehrenamtlichen im Projekt »Neustart im Team« (NesT) schenkt Hoffnung in Zeiten von Corona | Katharina Mayr
- 36 Menschenwürde mit Rabatt: Arbeiten im Versandhandel** | Amazon & Co machen in der Corona-Krise gute Geschäfte – Den Beschäftigten kommt das jedoch nicht zugute | Daniel Weber

ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

- 38 Offene Augen, offene Herzen** | Gedanken zum Motto und Symbol der Interkulturellen Woche | Christoph Stiba
- 39 Vielstimmigkeit und Vielfalt sind keine Strafe ...**
... sondern Gottes Plan für seine Welt und seine Menschen – Predigtmeditation über Gen 11, 1-9 | Kathrin Oxen
- 42 Liturgische Texte**

IKW VOR ORT

- 44 »Wir wollten die Pandemie als Chance begreifen«**
Im Hochtaunuskreis fand die Interkulturelle Woche 2020 weitgehend digital statt | Steffen Blatt

Good Practice

- 46 Ein Festjahr will jüdisches Leben sichtbar machen**
Seit mindestens 1700 Jahren leben Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet des heutigen Deutschland | Sylvia Löhrmann
- 48 Good Practice** | Weitere Ideen und Anregungen für die Interkulturelle Woche

ANHANG

- 51 Was, Wann, Wo – Termine**
- 52 Impressum**

30 Mein Vater und der rote Traktor



Foto: Imago Images/Klaus Rose

39 Vielstimmigkeit und Vielfalt sind keine Strafe



© Morgenstern & Kaes, Ludwigsburg

46 Ein Festjahr will jüdisches Leben sichtbar machen



© 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.

GEMEINSAMES WORT DER KIRCHEN ZUR INTERKULTURELLEN WOCHE 2021

BEGEGNUNG – TEILHABE – INTEGRATION



#OFFENGEHT

Die Corona-Pandemie bestimmt weiterhin das Leben von Menschen auf der ganzen Welt. Auch in Deutschland sind die Auswirkungen deutlich spürbar. Der Verzicht auf Begegnungen und Nähe ist inzwischen zu einer großen Belastung geworden. Nicht wenige fürchten um ihre wirtschaftliche Existenz und blicken sorgenvoll in die Zukunft. Diejenigen, die schon zuvor von Ausgrenzung und Armut betroffen waren, leiden unter der Situation in besonderer Weise. Und wie so oft in Krisenzeiten gibt es auch heute Strömungen, die Zweifel an unserer offenen, demokratischen Gesellschaft säen und menschenfeindliche Ressentiments zu wecken versuchen. Doch unsere Gesellschaft zeichnet sich durch ein hohes Maß an Solidarität und Hilfsbereitschaft aus. Das macht uns dankbar und zuversichtlich.

Das »Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge« – besser bekannt als »Genfer Flüchtlingskonvention« – wird dieses Jahr 70 Jahre alt. War sie zunächst darauf ausgerichtet, europäische Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg zu schützen, wurde der Wirkungsbereich der Konvention 1967 zeitlich und geografisch erweitert. Seitdem gilt: Jede Person, die wegen ihrer Herkunft, Religion, politischen Überzeugung oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe verfolgt wird, hat Anspruch auf Schutz. Zum Kern des

Flüchtlingsschutzes gehört das Verbot, einen Flüchtling in ein Land zurückzuweisen, in dem er Verfolgung fürchten muss. Die Konvention bildet das Fundament des internationalen Flüchtlingsrechts, ergänzt um wichtige Regelungen auf nationaler und europäischer Ebene. Der Grundsatz, Schutzsuchenden die Aufnahme an einem sicheren Ort zu gewähren, muss auch heute wirksam umgesetzt und angesichts aktueller Herausforderungen weiterentwickelt werden.

Schutzsuchende Menschen trifft die Pandemie derzeit mit voller Härte. Sichere Zugangswege und andere Möglichkeiten, nach Europa zu gelangen, sind stark eingeschränkt – zugleich ist die Lage in den Erstaufnahmestaaten erheblich schwieriger geworden. Auch in Deutschland lebende Geflüchtete leiden unter den Auswirkungen der Pandemie. In Sammelunterkünften sind sie einem erhöhten Infektionsrisiko ausgesetzt. Es ist für sie wesentlich schwieriger geworden, Deutsch zu lernen, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen und gesellschaftliche Teilhabe zu erlangen. Die Bildungschancen geflüchteter Kinder sind massiv beeinträchtigt. Notwendige Beratungsangebote können nicht in gewohnter Weise stattfinden. Die Reisebeschränkungen haben zur Folge, dass Familienzusammenführungen kaum noch durchgeführt werden.

Doch auch jenseits der Pandemie bestehen in der Flüchtlingspolitik große Herausforderungen. Die Außengrenzen der Europäischen Union sind heute vielfach Orte der Verzweiflung und Schutzlosigkeit. Zwei abgebrannte Lager sind zum traurigen Sinnbild für die Krise der europäischen Flüchtlingspolitik geworden: Moria auf der griechischen Insel Lesbos und Lipa im Nordwesten Bosniens. Auf Lesbos – und auch auf anderen ägäischen Inseln – harren nach wie vor Tausende von Flüchtlingen unter menschenunwürdigen Bedingungen aus. Und im bosnisch-kroatischen Grenzgebiet kampieren Schutzsuchende in Bauruinen oder im Wald. Ebenso bleibt auch die Situation im Mittelmeer ein ungelöstes Problem. An einer effektiven staatlichen Seenotrettung mangelt es; gleichzeitig werden die lebensrettenden Einsätze ziviler Initiativen behindert. Boote mit Schutzsuchenden werden durch die Küstenwache von EU-Staaten oder auch durch die europäische Grenzschutzagentur abgewiesen. Wer aber Menschen nach Libyen zurückdrängt, liefert sie schwersten Menschenrechtsverletzungen aus und bricht das Völkerrecht.

Als Christinnen und Christen sind wir überzeugt: Alle Menschen sind nach dem Ebenbild Gottes geschaffen und haben somit eine unauslöschliche Würde. Bei allem Leid, das Menschen einander antun: Gottes Liebe hat das letzte



Wort. Diese christliche Hoffnung drängt uns dazu, bereits hier und jetzt den Entrechteten zu ihrem Recht zu verhelfen und den Schutzsuchenden Schutz zu gewähren. Europa wird getragen durch eine breite gesellschaftliche Akzeptanz von Menschenwürde, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Die Geltung dieser Normen zeigt sich gerade im Umgang mit Schutzbedürftigen. Es kommt darauf an, die Würde und die Rechte von Geflüchteten an Europas Außengrenzen zu schützen und zu verteidigen.

Die Interkulturelle Woche findet in diesem Jahr unter dem Motto #offengeht statt. Dabei meint Offenheit nicht Beliebbarkeit. Vielmehr geht es um ein klares Plädoyer für eine offene Gesellschaft, in der die universalen Menschenrechte geachtet werden. Und es geht um ein breites zivilgesellschaftliches Engagement für ein gutes Zusammenleben in Vielfalt. #offengeht – das steht auch für die Kreativität und Stärke unserer von Migration geprägten Gesellschaft. Offenheit im Herzen wie im Geist – verbunden mit den entsprechenden Rahmenbedingungen – hat dazu geführt, dass Deutschland zahlreichen Eingewanderten und ihren Nachkommen zur Heimat werden konnte. Sie haben Arbeit und Wohnung gefunden, erfolgreich Bildungsabschlüsse absolviert und gestalten die Gesellschaft ganz selbstverständlich mit.

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Migrantinnen und Migranten haben dieses Land mit aufgebaut und geprägt. Es ist auch ihrem Beitrag zu verdanken, dass wir alle zusammen in einem solida-

rischen, wohlhabenden, weltoffenen und ideenreichen Land leben. Unsere Gesellschaft wird sich auch in Zukunft weiter verändern. Um den Zusammenhalt in einer vielfältigen Gesellschaft zu sichern, braucht es Orte, an denen Begegnung stattfindet und Vertrauen wachsen kann.

Der Interkulturellen Woche gelingt es seit Jahrzehnten, genau solche Orte zu schaffen – unter Pandemie-Bedingungen auch im virtuellen Raum. Gemeinsam mit einer Vielzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen wirken die Kirchen daran mit, Verständigung zu ermöglichen, Vorurteile abzubauen und die offene Gesellschaft zu schützen. Gefordert ist die grundlegende Bereitschaft, den jeweils anderen anzuerkennen, auch und gerade dann, wenn die Meinungen auseinandergehen. Dabei geht es nicht darum, Konflikte aus dem Weg zu gehen, sondern sie auf respektvolle Weise auszutragen und zu lösen. Konfliktfähigkeit und Vertrauen gehören zusammen.

Als Christinnen und Christen verschiedener Konfessionen bezeugen wir gemeinsam: »Gott hat uns nicht einen Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft, der Liebe und der Besonnenheit.« (2. Timotheus 1,7) Dieser biblische Satz ermutigt uns, gesellschaftliche Entwicklungen mit einer Haltung der Zuversicht und Wertschätzung zu gestalten. Nicht an Ausgrenzung und Abschottung, Abwertung und Arroganz soll man uns erkennen. Stattdessen sind Christinnen und Christen dazu berufen, sich gemeinsam mit vielen Menschen guten Willens »auf den Weg zu einem immer größeren Wir« zu

machen. Wer Ressentiments schürt und die einen gegen die anderen ausspielt, hat die christliche Botschaft nicht verstanden. Der Platz von Christinnen und Christen ist an der Seite all jener Menschen, die Opfer von Hass und Gewalt werden. Die Kirchen in Deutschland treten deshalb jeder Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit mit Entschiedenheit entgegen. Wir setzen auf Solidarität und Nächstenliebe!

Gerade im Jahr der Bundestagswahl rufen wir alle Menschen in unserem Land dazu auf, sich aktiv für ein friedliches und vielfältiges Miteinander zu engagieren. Dabei kann und darf es auch zwischen Christinnen und Christen politischen Streit geben. Nicht verhandelbar sind jedoch die grundlegenden Werte unseres Grundgesetzes: die Wahrung der Würde eines jeden Menschen, das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, auf körperliche Unversehrtheit und auf soziale Teilhabe, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Meinungsfreiheit, das Recht auf Asyl und der Schutz von Familien – auch von Flüchtlingsfamilien.

#offengeht: Die Interkulturelle Woche mit ihren zahlreichen Veranstaltungen in über 500 Städten und Gemeinden ist ein lebendiges Zeichen dafür, dass wir auf einem guten Weg zu einer Gesellschaft des stärkeren Miteinanders sind. Wir danken allen, die sich vor Ort für die Anliegen der Interkulturellen Woche einsetzen und wünschen ihnen gute Erfahrungen und Gottes reichen Segen.

Bischof Dr. Georg Bätzing
Vorsitzender der Deutschen
Bischöfskonferenz

Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm
Vorsitzender des Rates der Evangelischen
Kirche in Deutschland

**Metropolit Dr. h.c. Augustinos
von Deutschland**
Vorsitzender der Orthodoxen Bischofs-
konferenz in Deutschland



THEMEN UND PERSPEKTIVEN DER VIELFALTSGESELLSCHAFT

#OFFENGEHT – FÜR EINE GERECHTE UND SOLIDARISCHE WELT

Dr. Beate Sträter und Friederike Ekol

Ein Virus kennt keine Grenzen, lässt sich weder von Mauern, noch Meeren, noch bewaffneten Grenzschützern beeindrucken. Auf drastische Weise lernen wir durch die Corona-Pandemie, was viele bis heute nicht wahrhaben wollen: Alles hängt mit allem zusammen, wir sind die eine Welt, die eine Menschheit. Wir lernen jedoch auch: Wir sind in ganz unterschiedlicher Weise von den Folgen der Pandemie betroffen.

In unseren reichen Ländern brechen Gräben auf zwischen denen, die materiell abgesichert und sozial eingebunden sind und denen, die vorher schon unter schwierigen materiellen und sozialen Verhältnissen lebten. Schreiende Ungerechtigkeiten und Ausgrenzung werden nicht nur sichtbar, sondern verschärfen sich noch. Viele Menschen, die in systemrelevanten, aber niedrig entlohnten Tätigkeiten die Versorgung aufrechterhalten, sind dem Virus weitgehend schutzlos ausgeliefert. Wer ein geringes Einkommen hat und in beengten Wohnverhältnissen lebt, vielleicht sogar in Gemeinschaftsunterkünften Schutzsuchender, hat es viel schwerer als diejenigen, die nicht ins Theater

oder den Konzertsaal gehen können. Materielle Sicherheit, medizinische Versorgung, die Hoffnung auf Schutz vor der Infektion – wenn das schon bei uns nicht für alle gilt, so werden die Ungerechtigkeiten im Weltmaßstab um ein Vielfaches drastischer sichtbar. Menschen, die im Krieg, in Armut, ohne Zukunftsperspektive leben müssen, sind auch der Pandemie schutzlos ausgeliefert. Doch es sind keine Naturgesetze, die zu diesen Ungerechtigkeiten führen, sondern das Unrecht ist von Menschen gemacht und kann auch von Menschen geändert werden.

#OFFENGEHT – FÜR EINE UMFASSENDE TRANSFORMATION VON POLITIK UND WIRTSCHAFT

Die katastrophalen Folgen der globalen Klimakrise sind mittlerweile auch bei uns nicht mehr zu verleugnen. Trotzdem leben viele so weiter, als würde es kein Morgen geben. Was bei uns »nur« eine Infragestellung unseres Lebensstils bedeutet, ist für Menschen in anderen Teilen der Welt bereits jetzt eine akute Überlebensfrage. Der Raubbau an der Natur und die Zerstörung von Ökosystemen macht weitere Pandemien immer wahrscheinlicher. Die Vernichtung

der Lebensgrundlage vieler Menschen löst weitere Konflikte aus und zwingt Menschen in die Flucht.

Die Fakten liegen auf dem Tisch. Doch die Politik bleibt gefangen in alten Denk- und Reaktionsmustern. Die Einsicht, dass ein tiefgreifender Wandel längst überfällig ist, sofort und umfassend auf den Weg gebracht werden muss, hat zu weltweiten Protestbewegungen geführt. Die junge Generation steht auf, weil ihre Zukunft auf dem Spiel steht. Sie setzt damit ein Zeichen

»Was bei uns ›nur‹ eine Infragestellung unseres Lebensstils bedeutet, ist für Menschen in anderen Teilen der Welt bereits jetzt eine akute Überlebensfrage.«



der Hoffnung, doch sie allein wird es nicht schaffen. Wir alle müssen unsere Kraft dafür einsetzen, dass die Politik sich endlich bewegt. Nur wenn der Druck aus der Gesellschaft weiter erhöht wird, wenn in unseren Städten und Kommunen Fakten geschaffen werden, die sichtbare Veränderungen einleiten, wenn wir unsere Lebens- und Konsumgewohnheiten ändern, kann die Transformation gelingen. Hier und anderswo auf der Welt.

#OFFENGEHT – FÜR EINE GESELLSCHAFT DER VIELFALT

Das Bewusstsein dafür, dass rassistische Diskriminierung eine Tatsache ist, die uns begleitet, ist größer geworden. Die Diskussion um Alltagsrassismus und strukturellen Rassismus hat Fahrt auf-

genommen, befeuert von den Ereignissen in den USA und der Black-Lives-Matter-Bewegung. Auch bei uns stehen Menschen auf und melden sich zu Wort, die bisher wenig Gehör fanden. Auch hier sind es viele junge Menschen, die sich dem Protest anschließen, sich praktisch und theoretisch mit Rassismus auseinandersetzen. Der Blick wird geschärft für sozial ungerechte Strukturen, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Doch wir erleben auch, wie nationalistische, völkische, rassistische und auch antisemitische Einstellungen nicht nur in weiten Kreisen unsere Gesellschaft salonfähig geworden sind, sondern auch durch demokratiefeindliche Parteien in unseren Parlamenten Einzug gehalten haben.

Seit langem ist Diversität eine Tatsache. Das Versprechen unserer Demokratie, dass alle die gleichen Rechte haben und gleichberechtigt, sicher und ohne Angst leben können, muss nicht nur geschützt, sondern noch eingelöst werden.

#OFFENGEHT – FÜR MENSCHRECHTE IN DER FLÜCHTLINGSPOLITIK

Erst vor wenigen Jahren hat die Europäische Union den Friedensnobelpreis erhalten. Sie wurde damit für ihren Beitrag zur Förderung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa gewürdigt. Heute aber umgibt sie sich mit neuen Mauern und Zäunen und richtet Lager an ihren Außengrenzen ein. Mit jedem Menschen, der im Mittelmeer ertrinkt oder unter menschenunwürdigen Be-



dingungen in den Lagern in Griechenland oder an den europäischen Außengrenzen festgehalten wird, mit jedem und jeder Geflüchteten, die gezwungen ist, von ihrer Familie getrennt zu sein, stirbt ein Stück der Werte, auf die sich Europa gründet. Nicht länger dürfen nationale Eigeninteressen und eine gesamteuropäische Abschottungspolitik die europäische Flüchtlings- und Asylpolitik bestimmen. Allein menschenrechtliche Standards können der Maßstab des politischen Handels sein, um dem Sterben und dem Elend ein Ende zu setzen. Geht es so weiter wie bisher, zerstören wir für uns alle die Grundlagen eines demokratischen, an Menschenrechten und Menschenwürde orientierten Zusammenlebens.

#OFFENGEHT – FÜR EINE SICHERE ZUKUNFT IN WÜRDE

Arbeit gehört untrennbar zu einem Leben in Würde dazu. Arbeit gibt es mehr als genug in unserem Land. Trotz wirtschaftlicher Notwendigkeit, entgegen jeder Einsicht und unter Missachtung humanitärer Maßstäbe wird

Dr. Beate Sträter ist stellvertretende Vorsitzende des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche. Sie ist



Vorsitzende der Fachgruppe Christen-Muslims in der Evangelischen Kirche im Rheinland und Schulreferentin in Bonn.

Foto: ÖVA/Nils Bornemann

Kontakt: b.straeter@schulreferatbonn.de

Friederike Ekol ist Politologin und Geschäftsführerin des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche.



Foto: ÖVA/Nils Bornemann

Kontakt: info@interkulturellewoche.de

»Allein menschenrechtliche Standards können der Maßstab des politischen Handels sein, um dem Sterben und dem Elend ein Ende zu setzen.«

Geflüchteten, die Schutz suchen, der schnelle Zugang zu Arbeit verwehrt. Vielfach ist die Gesellschaft hier weiter als die Politik, ist die Bereitschaft groß, Menschen, die erfolgreich einen Weg in unsere Gesellschaft gefunden haben, eine sichere Perspektive zu eröffnen.

Die Familie genießt besonderen Schutz – da sind sich Staat und Kirche einig. Wer die Perspektive derjenigen auch nur für einen Moment einnimmt, die zum Teil über Monate und Jahre getrennt von ihren Liebsten leben müssen, dem erschließt sich das damit verbundene Leiden. Die Hürde auf dem Weg des Ankommens ist für viele Betroffene immens hoch. Die Möglichkeit für Familienangehörige, in den Herkunftsländern Anträge zu stellen, muss faktisch gegeben sein – ein Staat, der sich der Verantwortung hier entzieht, produziert völlig unnötiges Leid. Die gesellschaftlichen Folgewirkungen von verweigerter Teilhabe und Integration sind eine schwere Belastung für eine ganze Generation von Geflüchteten und auch für die Aufnahmegesellschaft.

#OFFENGEHT – FÜR EINE STARKE ZIVILGESELLSCHAFT

Die Politik wird es nicht von alleine richten: Das beständige Engagement der Zivilgesellschaft ist unabdingbar, damit längst überfällige Änderungen der nationalen und europäischen Politik erreicht werden. Wir begegnen diesem Engagement in unseren Kirchen, in Verbänden, bei der Arbeit, in der Nachbarschaft. Mehr als 140 Städte haben als »Sichere Häfen« ihre Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen erklärt. Damit zeigen sie sich solidarisch und bieten Zuflucht. Dass sich unzählige Menschen in unserem Land, mitunter trotz Anfeindungen und Bedrohungen, nicht beirren lassen, demokratische Werte zu verteidigen und sich generationenübergreifend für Mitmenschlichkeit einzusetzen – das zeigt, wie stark unsere Gesellschaft ist.

Doch es geht hierbei nicht allein um politische Ziele. Neue Formen des Zusammenlebens werden erprobt und erlebt, eine Gesellschaft der Vielfalt wird gestaltet und damit Wirklichkeit. Hier entsteht Hoffnung auf eine lebbare und lebenswerte gemeinsame Zukunft. Die Interkulturelle Woche bietet den Raum, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, deren Stimme sonst nicht zu hören ist und auch, diese Menschen in Kontakt mit politisch Verantwortlichen zu bringen, um wichtige Themen mit ihnen zu besprechen. Begegnung ermöglicht Empathie und gegenseitiges Verständnis. Die Interkulturelle Woche wird in diesem Jahr offiziell am Tag der Bundestagswahl eröffnet – nutzen Sie sie, um Ihre Themen vor Ort sichtbar, hörbar und erlebbar zu machen!

#offengeht – für viele gute Ideen, die in der Interkulturellen Woche Gestalt finden! ❖



DER ELEFANT IM RAUM

Wir alle haben Vorurteile, was sie aber nicht besser macht – Selbsterkenntnis ist hier der erste Weg zur Besserung

Beate Küpper

Zu Beginn der Corona-Pandemie traf es Menschen mit asiatischem Aussehen (»Das Virus aus dem fernen Osten«). Menschen wechselten die Straßenseite, sie wurden beschimpft, mancherorts gar aus dem Bus geworfen. Mit dem Titel »Made in China« vor gelbem Hintergrund wärmte

DER SPIEGEL den fast schon in Vergessenheit geratenen uralten Mythos der »gelben Gefahr« wieder auf.

Als bald wurden auch die üblichen Verdächtigen ausgemacht – Fremde, die das Virus einschleppen, migrantische Großfamilien, die kollektiv feiern, Roma, die sich grundsätzlich nicht an die Regeln halten, und schließlich die Juden, aus deren Laboren in Israel das Virus stammt, um die Menschheit auszurotten oder zu unterwerfen.

»Krisen eignen sich besonders dazu, Verschwörungsmythen und Vorurteile anzufeuern.«

So abstrus dies alles klingt, so bekannt und weit verbreitet sind diese Bilder und Gerüchte leider auch, welche die Sozialpsychologie unter dem Begriff der Vorurteile fasst. Krisen eignen sich besonders dazu, Verschwörungsmythen und Vorurteile anzufeuern, bringen sie doch Unsicherheiten und Bedrohungen mit sich, die nur allzu gern verkürzt erklärt und einfachen Sündenböcken zugeschrieben werden – weil es sich leichter in Personen als in komplexen oder gar zufälligen Situationen denken lässt.

Die Sozialpsychologie versteht Vorurteile als pauschalisierende Einstellungen gegenüber sozialen Gruppen bzw. Personen, die diesen Gruppen zugewiesen werden. Die Zuweisung zu einer sozialen Gruppe erfolgt über (zugeschriebene) Merkmale, egal, ob eine Person dieses Merkmal tatsächlich hat oder sich mit einer Gruppe selbst identifiziert (zum Beispiel als Muslim, Frau oder Person mit einer Behinderung). Im Prinzip funktioniert dies mit allen Gruppenzuweisungen auf ähnliche Weise, erleichtern sie doch zunächst rein kognitiv die Verarbeitung von Information.





»WIR« UND »DIE«

Stets geht es um Kategorisierung in »wir« und »die«, an die Zuweisung von Eigenschaften und schließlich um die Bewertung – üblicherweise sind dabei »wir« besser als die anderen. Sie dienen damit zugleich der Selbstbestätigung und Selbstaufwertung. Vorurteile treffen all jene im Besonderen, die als irgendwie »fremd«, »anders«, »unnormale« und »ungleich« gelten, jeweils aus der Sicht derjenigen, die das Sagen haben. Über Zeiten und Kulturen hinweg waren das doch immer die gleichen oder zumindest ähnliche Gruppen: von außen kommende Eingewanderte, ethnische, kulturelle und religiöse Minderheiten, Frauen, sozial schwache, alte, kranke und behinderte Personen, oft auch LSBTQ*-Personen.

Vorurteile haben eine kognitive Dimension, zum Beispiel sind das klassische Stereotype über ganze Gruppen im Sinne von »das ist typisch für ...«, also Zuschreibungen von vermeintlichen Eigenschaften, die auf alle Personen dieser Gruppe übertragen werden. Sie werden begleitet von Emotionen wie Angst, Ärger, Wut, Neid oder auch Bewunderung und legen ein jeweiliges Verhalten nahe, etwa Abstand halten, Ausgrenzung oder Angriff. Vorurteile können bewusst oder unbewusst sein, und sie können offen geäußert werden oder subtil. Offene Vorurteile äußern sich heiß und direkt, zum Beispiel in klar negativen Zuschreibungen, eine Gruppe X ist dumm, dreckig, kriminell, übergriffig, unzuverlässig oder psychisch instabil (letztlich sind es immer die gleichen negativen Zuschreibungen). Subtil äußern sich Vorurteile kalt und distanziert, zum Beispiel in der

Behauptung großer Unterschiede, die unüberbrückbar erscheinen (»die haben ja ganz andere Werte als wir«).

Vorurteile sind nicht einfach »nur« vorschnelle Urteile, bevor mehr Fakten zur Verfügung stehen. Im Gegenteil, sie sind weitgehend resistent gegen Fakten. Sie knüpfen an alte Ressentiments an, die tief in einer Kultur über die jeweils »anderen« verankert sind und in den Köpfen, Erzählungen schlummern – man weiß halt einfach, wie »die so sind«. In leicht modernisierter Variante werden sie weitertransportiert, und auch auf den ersten Blick scheinbar positive Zuschreibungen gehören dazu (Südländer sind ja so kinderlieb, Frauen so hilfsbereit und emotional, ältere weiße Männer führungsstark). Sie bieten eine Rechtfertigung für die Ungleichbehandlung ganzer sozialer Gruppen oder von Personen, die diesen Gruppen zugewiesen werden – sowohl für Besserbehandlung als auch von Benachteiligung.

Letztlich dienen sie dem Erhalt sozialer Hierarchien. Denn sie alle beinhalten kleine Erzählungen, warum es schon ganz richtig ist, dass die einen weiter oben, die anderen weiter unten auf der sozialen Leiter stehen und darüber verfügen dürfen, was als »normal und richtig« gilt, während die jeweils anderen kämpfen müssen und letztlich nie so ganz dazugehören.

»Vorurteile sind weitgehend resistent gegen Fakten.«



EIN VORURTEIL KOMMT SELTEN ALLEIN

Ein Vorurteil kommt dabei selten allein. Studien belegen immer wieder die enge Verknüpfung der Abwertung der einen sozialen Gruppe mit der Abwertung anderer, von ethnischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Fremdenfeindlichkeit, die Hand in Hand gehen, oft verbunden auch mit Sexismus, Homophobie und weiteren Abwertungsphänomenen, wie umgekehrt auch mit der Forderung nach Vorrechten für die Etablierten. Belegt ist auch der enge Zusammenhang mit Verschwörungsmethoden aller Art, teilen sie doch den Wunsch nach vereinfachtem Verstehen, Bindung an und Zugehörigkeit zur eigenen Gruppe, Kontrolle, Überlegenheit und Rechtfertigung (zum Beispiel dafür, keine Rücksicht auf andere zu nehmen).

In der sozialpsychologischen Konzeption sind Vorurteile keine Lappalie, vielmehr bieten sie eine Grundlage für Ungleichbehandlung bis hin zu Gewalt. Gordon Allport beschreibt Vorurteile bereits 1954 in seinem Buch »Die Natur des Vorurteils« als Teil einer Eskalationsspirale: Es beginnt bei scheinbar harmlosen, vielleicht sogar spaßigen Bemerkungen, geht über Beschimpfungen über die soziale Distanz – dem Abrücken und Fernhalten von Personen als Nachbarn, Freunde oder gar Partner der eigenen Kinder –, Diskriminierung bis hin zum Völkermord. Ergänzen ließe sich vor dem ersten Schritt die Ignoranz gegenüber sozialen Gruppen, ihrer Bedarfe, Erfahrungen und Sichtweisen.





Foto: shutterstock/YAKOBCHUK VIACHESLAV

»Ich habe doch keine Vorurteile«,
 »Rassismus – das gibt es bei uns nicht«,
 »Antisemitismus? Ja, die anderen, die
 sind ...«, »homophob? Bei uns gibt es
 ja gar niemanden, der schwul oder
 die lesbisch ist«, »wir behandeln alle
 gleich«. So gängig diese Überzeugun-
 gen sind, so unwahrscheinlich sind sie.
 Vorurteile hat vermutlich jede:r, was
 die Sache allerdings nicht besser macht.
 Sie vereinfachen die Informationsver-
 arbeitung für diejenigen, die sie teilen –
 man weiß einfach, wie »die« so sind –,
 erschweren aber das Leben jener unge-
 mein, die betroffen sind und dem Vor-
 urteil nicht enttrinnen können. Natürlich
 gibt es immer einzelne Beispiele, die
 ein Vorurteil bestätigen, sie sind aber
 in all den anderen Einzelfällen schlicht
 ungerecht, vernebeln den Blick und
 verzerren die Urteilsbildung, führen
 unter Umständen zu schlechten Ent-
 scheidungen, behindern Kooperation,
 unterminieren Vertrauen, vergiften das

**»In einer Atmosphäre,
 die Vorurteile gegen
 markierte Gruppen
 zulässt, kann jeder und
 jede schnell der oder
 die nächste sein.«**



Klima. Denn in einer Atmosphäre,
 die Vorurteile gegen markierte Grup-
 pen zulässt, kann jeder und jede schnell
 der oder die nächste sein. Zuvorderst
 belasten sie jene, die unmittelbar von
 ihnen getroffen sind. Vorurteile wider-
 sprechen nicht nur den demokratischen
 Grundwerten, sie sind schlicht zutiefst
 hässlich und gemein.

FÜNF STUFEN DER ZIVILCOURAGE

Befördert werden Vorurteile von den
 sozialen Normen und all jenen, die
 sie zulassen, die wegsehen, weghören
 oder sie für nicht so schlimm erachten.
 Abgebaut werden sie umgekehrt durch
 soziale Normen, die Vorurteile ächten,
 und durch all diejenigen, die sie als
 Gefahr für das Miteinander ernst neh-
 men. Die »Fünf Stufen der Zivilcourage«
 können helfen, Vorurteile zu durchbre-
 chen; wie gut dies gelingt, hängt immer
 vom Können und Wollen ab:



Auf der ersten Stufe steht die Wahrnehmung von Vorurteilen, sie sehen und verstehen zu wollen. Dazu empfiehlt es sich, zunächst einmal davon auszugehen, dass wir alle Vorurteile haben – übrigens auch, wenn wir selbst von ihnen betroffen sind. Wir können auch davon ausgehen, dass Vorurteile unser eigenes Handeln sowie das Handeln, die Gewohnheiten und Regularien in Einrichtungen und Institutionen beeinflussen: Wem wird durch welche impliziten und expliziten Regelungen das Leben erleichtert, wem erschwert und wie wird dies durch Vorurteile legitimiert?

Auf der zweiten Stufe geht es darum, Vorurteile als Problem ernst zu nehmen, nicht einfach als ein »sagt man halt so, ist nicht so gemeint« abzutun. Auf der dritten Stufe gilt es, Verantwortung zu übernehmen, als Person und als Institution. Dazu gehört auch, die Schuld an den Vorurteilen nicht den von ihnen Betroffenen zuzuschreiben (»... ja, wenn die sich auch besser benehmen würden ...«), damit die Opfer zu Tätern zu machen und sich selbst zu entlasten. Auf der vierten Stufe geht es um die Kenntnis von Handlungsmöglichkeiten, auf der fünften darum, auch tatsächlich zu handeln.

Handeln gegen Vorurteile kann je nach individuellem Mut und je nach Situation beim einfachen Nicht-Mitmachen beginnen, dem Nicht-Mitlachen bei sexistischen oder homophoben Witzen, dem Nicht-Miteinsteigen in

»Sich selbstkritisch an die eigene Nase fassen.«

das Schimpfen über »die Ausländer« im Kreis der Kolleg:innen. Es kann sich zeigen im demonstrativen Wegdrehen oder auch in klaren und deutlichen Worten, wenn es um »die Juden und Israel« geht. Bei jenen, die Vorurteile vielleicht wenig überlegt äußern, können diese Worte abholend sein – bei jenen, die sie offen als Machtmittel nutzen, auch durchaus konfrontativ. Wichtig sind klare Worte vor allem als Signal für jene, die als Mithörende da beistehen. Noch wichtiger für jene, die eine solidarische Freundin oder einen solidarischen Freund an ihrer Seite gebrauchen können, der oder die sie nicht entmündigt, sondern stützt.

BEGEGNUNG AUF AUGENHÖHE

Begegnung hilft, Vorurteile abzubauen. Aber Vorsicht, Begegnung auf gleicher Augenhöhe. Dazu gehört, Räume zu schaffen, die allen gleichermaßen vertraut sind, Settings herzustellen, in denen sich alle gleichermaßen wohl fühlen, und dies nicht für andere, sondern miteinander zu gestalten. Dafür bietet die Interkulturelle Woche eine wichtige Plattform. Es gilt aber auch, ehrlich mit einzubeziehen, wer jenseits der Begegnung der Stärkere ist. Ein



© 123rf/julkapulka

Treffen mit Geflüchteten in einem Haus der Gemeinde kann keine Begegnung auf gleicher Augenhöhe sein.

Die schwierigste Aufgabe ist es, sich ehrlich zu machen über den Elefanten, der im Raum steht und über den nicht gesprochen wird: Die eigenen Vorteile und Privilegien, das aus der Vergangenheit Mitgebrachte und gern Verdrängte, das aus der eigenen Weltanschauung für wahr Gehaltene, das aus der eigenen positiven Selbstsicht Unhinterfragte – inklusive Holocaust und Kolonialismus, der langen Historie von Frauenverachtung und Verfolgung sexueller Minderheiten. Kurz: Zuallererst geht es darum, sich selbstkritisch an die eigene Nase zu fassen und jene zu stärken, deren Gleichwertigkeit eben nicht selbstverständlich ist. ❖

Beate Küpper ist Sozialpsychologin und hat eine Professur für Soziale Arbeit in Gruppen und Konfliktsituationen an der Hochschule Niederrhein.



Foto: HS Niederrhein

Kontakt: Beate.Kuepper@hs-niederrhein.de



Weitere Texte zum Thema »Die Vielfaltsgesellschaft gestalten und verteidigen« finden Sie auf unserer Homepage

- Wie soll man auf Hate Speech reagieren? – Zwei Ansätze | Liriam Sponholz und Said Rezek
- Wir müssen reden! – Interkulturelle Projekte des Polizeipräsidiums Südosthessen | Hüsamettin Eryilmaz
- Die steinigen Wege der Migrant*innenorganisationen in Richtung Akzeptanz, Teilhabe und Wertschätzung | Anja Treichel
- »Antiziganismus« – (K)ein Thema für die Interkulturelle Woche? | Francesco Arman

www.interkulturellewoche.de/themen



ALLES EINZELFÄLLE?

Angesichts von Rassismuskorruptionen und rechtsextremen Umtrieben schwindet das Vertrauen in die Polizei – Das Gegenmittel: Mehr Kontakte und Gespräche

Canan Topçu

Rechtsextreme Inhalte in Chatgruppen, von Polizeicomputern abgeschickte Drohmails, Racial Profiling und illegitime Gewaltanwendung: Die Polizei steht massiv in der Kritik. Berichte über rassistische Vorfälle bei der Polizei, über das Fehlverhalten Einzelner und über Rassismus fördernde Strukturen in Sicherheitsbehörden häufen sich. Rund um den Jahrestag des Hanauer Attentats äußerten Angehörige der Ermordeten, Betroffene von polizeilichen Maßnahmen und Vertreter:innen unterschiedlicher Minderheitengruppen Kritik an der Polizei. Menschen mit Migrationsgeschichte und der Selbstbezeichnung People of Color (PoC) machen zunehmend ihre negativen Erfahrungen und ihren Vertrauensverlust öffentlich. »Deutschland, wir glauben nicht mehr an dich. Ein Staat, der nicht schützt, eine Polizei, die nicht hilft, eine Gesellschaft, die nichts ändert. Hanau hat in vielen Menschen etwas zerstört – ihr Vertrauen«: So titelte beispielsweise *Zeit Online* im Februar 2021 Erfahrungsberichte von jungen Menschen aus Minderheiten-Communities.

Wie verbreitet ist Rassismus tatsächlich in der Polizei? Muss anhand der sich häufenden Vorfälle und nach dem Bekanntwerden von rechtsextremen Haltungen und Handlungen von Polizeibeamten davon ausgegangen werden, dass es keine Einzelfälle sind, sondern dass ein strukturelles Problem besteht? Konkrete Daten zu Rassismus bei der Polizei gibt es nicht. Jedoch legt eine jüngst veröffentlichte Untersuchung der Ruhr-Universität Bochum die Vermutung nahe, dass es ein ernstzunehmendes Problem ist. Die Benachteiligung von People of Color und Eingewanderten und ihren Nachkommen ist laut der Studie nicht allein

auf einzelne Polizeibeamt:innen zurückzuführen. Vielmehr müsse von einem strukturellen Problem ausgegangen werden, so der Befund des Kriminologen Tobias Singelstein.



Foto: adobestock/Björn Wylezich



Im Rahmen des Projekts mit dem Titel »Körperverletzung im Amt durch PolizistInnen« befragten Singelstein und sein Forscherteam mehr als 3000 Personen, die körperliche Gewalt durch die Polizei erfahren haben und diese als rechtswidrig einstufen. Die Erfahrungen von People of Color und Menschen mit Migrationsgeschichte unterscheiden sich deutlich von denen weißer Personen. So gaben zwei Drittel der befragten PoC an, sich in den mutmaßlichen Gewaltsituationen von der Polizei diskriminiert gefühlt zu haben. Aus den Ergebnissen folgert Singelstein, dass Rassismus kein individuelles Problem einzelner Beamt:innen ist: »Es hat eben auch mit den Strukturen der Polizei zu tun: Mit den Aufgaben der Polizei, der Art und Weise, wie sie diese erledigt, was für eine Binnenkultur es gibt und wie mit Fehlern und Missständen umgegangen wird.«

UNABHÄNGIGE VERTRAUENS-PERSONEN BEI DER POLIZEI

Ernst genommen werden sollte der Wunsch von direkt und indirekt Betroffenen nach unabhängigen Vertrauenspersonen innerhalb der Polizeistruktur. Nach der Studie zum Thema Polizeigewalt ist das als Forderung an das Innenministerium herangetragen worden. Denn die Beamt:innen, die Zeug:innen von Missständen werden, brauchen Rückhalt, um sich vom Corpsgeist freimachen und gegebenenfalls Anzeige erstatten zu können.

Mit den Ursachen von diskriminierenden Praktiken bei Polizisten hat sich auch Rafael Behr befasst. Er ist Professor an der Akademie der Polizei Hamburg, lehrt Kriminologie und Soziologie und forscht unter anderem zu Organisationstheorie und -kultur der Polizei sowie zu den Themen Migration und Integration im polizeilichen Kontext. In dem Aufsatz »Zur Legitimation polizeilicher Kontrolle – ›Racial-‹, ›Social-‹ und ›Criminal-Profilings‹ im Diskurs« beschreibt Behr, wie diskriminierende

»Rassismus ist kein individuelles Problem einzelner Beamt:innen.«

Praktiken »in die Kultur der Polizei und in das Selbstbild von Polizisten und Polizistinnen eingebaut« sind und welche Rolle Diskriminierung in diesem Denken spielt. Behrs Analyse: Zum Abbau von diskriminierendem Verhalten tragen Polizeiausbildung und die Polizeistrukturen nicht ausreichend bei; die Polizeikultur gehe von »der Fiktion der vorurteilsfreien und diskriminierungsfreien Praxis, mithin von einer sauberen Polizeiarbeit« aus.

MEHR SELBSTREFLEXION IN DER AUSBILDUNG

Diskriminierendes Verhalten führen Behr und andere Forscher auch darauf zurück, dass in der Ausbildung Selbstreflexion und die Beschäftigung mit gesellschaftlicher Vielfalt zu wenig vorkommen. Die meisten Polizeibeamten hätten außerhalb ihres Berufs gar nicht oder nur wenig Kontakt zu »Menschen mit bestimmter Zugehörigkeit«, somit kein Korrektiv zu den immer nur als delinquent erlebten Menschen aus dieser Gruppe.

In einer diverser werdenden Gesellschaft sei aber für Polizeibeamte eine rassismuskritische und diskriminierungsbewusste Selbstreflexion unabdingbar, wobei Diskriminierung nicht allein im Kontext ethnischer und kultureller Herkunft, sondern auch auf der Ebene sozialer Ungleichheit beachtet werden müsse. »Obwohl gerade die jüngeren Führungskräfte wissen, wie wichtig hier soziale Handlungskompetenz der Polizistinnen und Polizisten ist, fehlt es nach wie vor an schlüssigen Konzepten einer evidenzbasierten und sozialraumbezogenen Aus- und Fortbildung der Polizei«, so Behr.

Der Wissenschaftler hat einen Vorschlag dafür, wie Polizisten auf ihren künftigen Beruf vorbereitet werden könnten: Anstatt Polizeianwärter:innen durch eine Dienststelle nach der anderen »zu schleusen«, sollten in die Ausbildung »mehrmonatige Betriebspraktika in polizeifremden (sozialen) Einrichtungen« integriert werden. Auf diese Weise erhielten angehende Polizisten Einblicke in Arbeitsbereiche, »die ebenfalls ein hohes Einfühlungsvermögen erfordern«, aber nicht mit der Möglichkeit zur machtvollen Intervention ausgestattet seien. Solange die Berufsanfänger:innen ausschließlich in ein berufliches Klima hineinwachsen, in dem die Auffassung dominiere, »dass die Mehrheit der Kundschaft Probleme macht, und nicht Probleme hat«, solange werde sich an den bestehenden Diskriminierungsdispositionen nichts verändern.

In den Aussagen von Behr erkennt Gökalp T. sich und auch seine Kolleg:innen wieder. Er ist seit knapp 20 Jahren Polizeibeamter und heißt eigentlich anders. Über seine Erfahrungen aus der Zeit als Polizist in Frankfurt möchte er aber nur anonym sprechen. Gökalp T. ist Sohn türkischer Arbeitsmigranten und hat sich ganz bewusst für diesen Beruf entschieden. Der 45-Jährige ist gern Polizist und ärgert sich darüber, dass sein ganzer Berufsstand unter Beschuss geraten ist. »Es vergeht ja kaum ein Tag, an dem wir nicht gebasht werden«, sagt er.

Canan Topçu ist freie Journalistin, Autorin und Referentin. Außerdem ist sie Dozentin an der Hochschule für Polizei und Verwaltung in Mülheim am Main. Sie publiziert vor



allem zu den Themen Integration, Migration und Islam und ist Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche.

Foto: privat

Kontakt: c.topcu@schreibenundsprechen.de





Wenn man es immer nur mit Kriminellen zu tun habe, die bestimmten Ethnien angehörten, so wie etwa im Frankfurter Bahnhofsviertel, dann verstärkten diese Erfahrungen nun mal die Vorurteile. T. ist der Ansicht, dass Polizeibeamte viel mehr als bisher die Möglichkeit bekommen sollten, ihre Einstellungen zu reflektieren und über den Tellerrand zu schauen. »Perspektivwechsel ist wichtig und nötig, aber nicht entlang ethnischer und/oder kultureller Differenz, sondern entlang der vielfältigen Formen sozialer Ungleichheit und ihrer Unter- und Überlegenheitsinszenierungen«, davon ist Polizeiforscher Behr überzeugt.

Nicht zuletzt ist es die öffentliche Kritik an der Polizei, die dazu führt, dass Ausbildungsinhalte weiterentwickelt und Weiterbildungsangebote erweitert werden. Wie aber kann jenseits davon Polizistinnen und Polizisten der Blick über den Tellerrand ermöglicht und Vertrauen in diese Berufsgruppe wiederhergestellt beziehungsweise gestärkt werden?

VERUNSICHERUNG UND MISSTRAUEN

Die Vorsitzende des Kommunalen Ausländerbeirats in Hanau, Selma Yilmaz-Ilkhan, beobachtet, dass die vielen negativen Medienberichte über die Polizei zu einer starken Verunsicherung gegenüber dem ganzen Berufsstand führen. Sie stellt aber auch fest, dass gerade bei Muslimen durchaus Vertrauen in Sicherheitsbehörden existiere und sie sich etwa stärkere Polizeipräsenz vor Moscheen wünschten. Das Misstrauen unter Migranten- und Minderheiten-Communities führt Yilmaz-Ilkhan auch auf Unkenntnis zurück – der Strukturen in Sicherheitsbehörden, der Polizeiarbeit im Allgemeinen und der Aufgaben von Polizisten in bestimmten Funktionen. Je weniger die Menschen wüssten, desto mehr seien sie anfällig für Verschwörungserzählungen. So seien etwa im Zusammenhang mit dem Attentat in Hanau etliche Geschichten über den Tathergang im Umlauf gewesen – wie etwa die, dass eigentlich

mehrere Täter an den Morden beteiligt gewesen seien, die Polizei das aber verheimliche, um diese Täter zu schützen.

»Es muss mehr direkte Kontakte zur Polizei geben, mehr Gespräche mit Beamten und Aufklärung über die Polizeiarbeit«, so Yilmaz-Ilkhan. Gerade dafür kann die Interkulturelle Woche den Rahmen bilden. Sie kann zum Verständnis zwischen Polizei und Zivilgesellschaft beitragen – etwa durch den direkten Austausch mit Beamt:innen, die zu Veranstaltungen eingeladen werden. Die Veranstaltenden der IKW können sich direkt an die Polizeidienststellen vor Ort wenden oder an die Kontaktbeamten beziehungsweise an die Migrationsbeauftragten, wie es sie beispielsweise in Hessen gibt. ❖



»DER DEUTSCHE KOLONIALISMUS WIRD KLEINGEREDET«

Jeff Kwasi Klein setzt sich als Projektleiter bei Each One Teach One für die Anliegen von Schwarzen Menschen in Deutschland ein. Im Interview spricht er über Anti-Schwarzen Rassismus und die Privilegien weißer Menschen.

Jutta Weduwen

Warum ist es wichtig, Anti-Schwarzen Rassismus als besonderes Phänomen zu betrachten?

Verschiedene Rassismen haben sich in der Geschichte unterschiedlich entwickelt. Im Versklavtenhandel ging es darum, einen Schwarzen Körper zu besitzen. Kolonisor*innen haben den Blick auf den Schwarzen Körper gerichtet. Auch heute ist Anti-Schwarzer Rassismus sehr stark auf Körperlichkeiten bezogen. Es gibt diese »positiven« Vorurteile gegenüber Schwarzen Menschen, dass sie sportlich sind, gut tanzen können. Und häufig wird ihnen vorgeworfen, dass sie besonders aggressiv seien oder irgendwie schnell sehr »körperlich« würden und deswegen eine Gefahr darstellten. Schwarze sind oft besonderen Behandlungen durch Sicherheitskräfte und Polizei ausgesetzt. Es findet Racial Profiling statt, Schwarze werden immer wieder besonders rausgepickt, härter kontrolliert, brutaler angegangen.

Sie haben 2019 den US-amerikanischen Politiker Jesse Jackson auf einer Reise nach Auschwitz begleitet. Welche Rolle spielte die Beschäftigung mit der NS-Geschichte für Ihre politische Sozialisation?

In meiner eigenen Politisierung ist das ein großes Thema gewesen. Ich wollte verstehen, wie die Gesellschaft Hitler unterstützt und getragen hat. Es war für mich wichtig zu verstehen, wie das



Land, in dem ich geboren und aufgewachsen bin, zu dem geworden ist, was es jetzt ist. Und im weiteren Verlauf meiner Politisierung ging es immer mehr um Kolonialismus und den Versklavtenhandel, mit dem Blick darauf, den deutschen Nationalsozialismus nur verstehen zu können, wenn man auch den deutschen Kolonialismus versteht. Ich habe mich mit der Verfolgung Schwarzer Menschen im Nationalsozialismus beschäftigt und auch mit Überlebenden. Einer der letzten Schwarzen Zeitzeugen, Theodor Wonja Michael, ist 2019 gestorben.

Wie erleben Sie die derzeitige Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus?

Der deutsche Kolonialismus wird kleingeredet. Selbst wenn Deutschland später eingestiegen ist als England oder Frankreich, war es trotzdem so, dass Deutschland an einem Punkt die drittgrößte Kolonialmacht der Welt war und dementsprechend auch unglaublich brutal und unglaublich menschenverachtend in den Kolonien gehandelt hat. Man kann den Nationalsozialismus nicht verstehen, wenn man nicht auch den Kolonialismus mit einbezieht in die Analyse. Es gab eine Glorifizierung der deutschen Kolonialgeschichte und den



Wunsch, wieder zu alter Stärke zu erwachen. Die ersten Konzentrationslager entstanden auf dem Gebiet der Kolonien. Eine angemessene Auseinandersetzung mit dem Genozid an den Herero und Nama hat aber bis heute nicht stattgefunden. Es fehlen eine angemessene Entschuldigung und Entschädigung.

Es gibt im Moment eine kontroverse Diskussion darüber, ob der Begriff Rasse aus dem Grundgesetz gestrichen werden soll. Wie ist Ihre Meinung dazu?



Black Lives Matter-Demonstration im Juni 2020 in Berlin.

Foto: shutterstock/Hernan J. Martin

»Rassistische Systeme wurden errichtet, um weiße Menschen zu bevorteilen, und es müssen auch weiße Menschen sein, die diese Systeme mit abbauen.«

Meine Meinung hat sich gewandelt. Ich habe gute juristische Argumente dafür gehört, dass der Begriff im Grundgesetz verbleibt im Sinne des Diskriminierungsschutzes. In Deutschland gibt es, wie gesagt, ein noch anfängliches Verständnis davon, was Rassismus überhaupt ist. Und natürlich gibt es in Deutschland auch aufgrund der Geschichte einen Reflex, alles, was in Richtung Rasse und Rassismus geht, von sich abzuweisen. Aber diese Position verkennt, dass Rassismus nicht nur bei Nazis stattfindet, sondern eine Struktur hat. Es findet in der Gesellschaft eine Rassifizierung statt – Menschen werden in Rassen eingeteilt, auch wenn die meisten sagen würden, dass biologische Rassen nicht existieren. Ich hätte mir gewünscht, dass es dazu einen Diskurs gibt in Deutschland. Ja, es gibt keine biologischen Rassen, aber wir müssen verstehen, dass Menschen rassifiziert werden und deswegen auch die Kategorie Rasse anders verstanden und interpretiert werden muss.

Rassismus funktioniert in Gesellschaften auch als Ordnungsprinzip, das Menschen mehr oder weniger Privilegien gibt. Menschen verzichten ungern auf Privilegien, auch wenn sie nicht rassistisch sein wollen.

Ich glaube, wenn Menschen hören, dass sie Privilegien haben, fühlen sie sich schnell falsch verstanden. »Jetzt wird mir abgesprochen, dass es mir ja auch nicht immer gut geht.« Darum geht es nicht bei dem Wort White Privilege (weißes Privileg). Es geht darum, Privilegien innerhalb eines rassistischen Systems zu verstehen. Als weiße Person hat man zum Beispiel das Privileg, dass man sich zum einen nicht mit Rassismus auseinandersetzen muss, wenn man nicht möchte. Zum anderen hat man nicht automatisch Nachteile auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohnungssuche, in der Schule. Wir Schwarzen Menschen sind gezwungen, uns mit Rassismus auseinanderzusetzen, weil er allgegenwärtig in unserem Leben ist.

Was ist also zu tun?

Wenn es dann darum geht, Privilegien abzugeben, geht es im ersten Schritt darum, das Privileg abzubauen, dass man sich nicht mit Rassismus auseinandersetzen muss. Dass man zum Beispiel in seinem direkten Umfeld nicht weghört, wenn rassistische Witze erzählt werden, sondern die Leute konfrontiert, dass man sich informiert auch über die eigene Positionierung als weißer Mensch in einem rassistischen System. Rassistische Systeme wurden errichtet, um weiße Menschen zu bevorteilen, und es müssen auch weiße Menschen sein, die diese Systeme mit abbauen. ❖

Dieser Text erschien zuerst im Magazin »zeichen«, Ausgabe 3/2020, www.asf-ev.de/infothek/themen/

Die Langversion des Interviews lesen Sie auf www.interkulturellewoche.de/themen

Jeff Kwasi Klein ist Leiter des Antidiskriminierungsprojekts EACH ONE von Each One Teach One e. V. (EOTO). Bei EOTO koordiniert er Projekte, die die menschenrechtliche Situation von Schwarzen, afro-diasporischen und Menschen afrikanischer Herkunft sichtbar machen. Derzeit ist er Vorstandsmitglied des Migrationsrats Berlin, wo er die Interessen



einer Vielzahl (post-)migran-tischer Selbstorganisationen gegenüber den politischen Institutionen Berlins vertritt.

Foto: privat

Kontakt: info@eoto-archiv.de

Jutta Weduwen ist Soziologin und seit 2012 Geschäftsführerin von Aktionszeichen Friedensdienste e. V. Sie ist unter anderem Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche, im Sprecher*innenrat der Bundesarbeitsge-



meinschaft Kirche & Rechts-extremismus (BAG K+R) und im Vorstand der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Foto: privat

Kontakt: weduwen@asf-ev.de



»DIESES LAND IST ZU SCHÖN, UM ES MENSCHEN ZU ÜBERLASSEN, DIE NUR HETZEN UND HASSEN WOLLEN«

Karamba Diaby über das Demokratiefördergesetz, mehr Vielfalt in den Parteien und den Anschlag auf sein Wahlkreisbüro

Steffen Blatt

89 Maßnahmen listet der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechts extremismus und Rassismus in seinem Bericht auf, der im November 2020 veröffentlicht wurde. Eine davon ist die Absicht, »zeitnah Eckpunkte für ein Gesetz zur Förderung der wehrhaften Demokratie« zu erarbeiten. Was das nun bedeutet, warum ein solches Demokratiefördergesetz notwendig ist und wie es im parlamentarischen Prozess damit weitergeht, erklärt der SPD-Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby. Er war an der Gewinnung der Akteure aus der Zivilgesellschaft beteiligt, die im Kabinettsausschuss gehört wurden. Diaby vertritt den Wahlkreis Halle (Saale) im Bundestag. Im Januar 2020 schossen Unbekannte mehrfach auf die Scheibe seines Wahlkreisbüros.

Warum brauchen wir ein Demokratiefördergesetz?

In Deutschland passiert schon sehr viel zur Förderung der politischen Bildung, zur Stärkung der Demokratie und bei der Bekämpfung von Extremismus. Wir stellen aber fest, dass die Angriffe auf die Demokratie zunehmen, vor allem in den vergangenen zwei Jahren. Es gab die Anschläge in Halle und Hanau, den Mord an Walter Lübcke oder den Sturm auf den Reichstag. Zudem sehen wir, dass sachliche Argumente häufig in politischen Auseinandersetzungen keine Rolle mehr spielen und zum Beispiel mit Fake News gearbeitet wird. Darum sollte Demokratie stärker gefördert werden – und zwar nicht nur über Programme, die zeitlich begrenzt sind, sondern längerfristig angelegt sind.

Was wäre der Unterschied zu den bisherigen Fördermöglichkeiten?

Bisher müssen viele Initiativen und Einrichtungen, die politische und Medienbildung anbieten, immer wieder neue Anträge stellen, um ihre Finanzierung zu sichern. Oft müssen sie sich neue Ansätze ausdenken, weil das in den Richtlinien gefordert wird – obwohl das betroffene Projekt sehr erfolgreich läuft. Aus dieser Schleife müssen wir die Anbietenden herausholen. Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe, und darum brauchen wir eine institutionelle Verankerung.

Welche Akteure müssen stärker unterstützt werden?

Am liebsten alle Akteure, die sich für die Demokratie einsetzen. Ich kann mir aber auch vorstellen, dass wir uns stärker mit der neuen digitalen Realität beschäftigen müssen. Ich denke hier etwa

»Demokratieförderung ist eine Daueraufgabe, und darum brauchen wir eine institutionelle Verankerung.«



Foto: Ute Langkafel/MAIFOTO



an Verschwörungstheorien oder Fake News, die sich rasend schnell über digitale Räume verbreiten. Hier muss aufgeklärt werden, die Menschen müssen solche Falschinformationen kompetent einordnen und damit umgehen können. Diese Notwendigkeit ist während der Corona-Pandemie noch einmal besonders deutlich geworden.

Wie kann ein Demokratiefördergesetz solche Tendenzen eindämmen und dazu beitragen, der Spaltung in der Gesellschaft entgegenzuwirken?

Das Gesetz an sich kann das nicht, aber die Projekte, die durch das Gesetz möglich gemacht werden. Außerdem ist es uns in der laufenden Legislaturperiode gelungen, die Bundesstiftung für Engagement und Ehrenamt zu gründen. Sie fördert nicht nur Projekte, sondern bietet auch Beratung an und unterstützt Forschungsinitiativen. Das heißt, der Bund hat erkannt, dass die Herausforderungen in diesem Bereich sehr groß sind.

Was hat das Demokratiefördergesetz eigentlich mit der Interkulturellen Woche zu tun?

Die Interkulturelle Woche betreibt Demokratieförderung. Vielfältigkeit in der Gesellschaft führt dazu, dass die Demokratie gestärkt wird. Die Interkulturelle Woche hat seit ihrem Start eine Grundlage geliefert, dass demokratische Auseinandersetzungen möglich

sind, dass sich verschiedenste Organisationen einbringen und zu Wort kommen, dass Dialog über aktuelle Themen stattfindet.

Was braucht die Gesellschaft über das Gesetz hinaus?

Die Politik gibt die Rahmenbedingungen vor, um die Demokratie zu stärken. Wenn das gut funktioniert, erleichtert das die Lösung von vielen gesellschaftlichen Problemen. Es gibt aber noch viele Baustellen, denen wir uns widmen müssen, zum Beispiel der ungenügende Frauenanteil in Parlamenten oder die mangelnde Repräsentation von gesellschaftlichen Gruppen generell. Ziel muss es sein, dass möglichst viele verschiedene Perspektiven in die parlamentarischen Prozesse eingebracht werden können.

Wie ist der Stand der Dinge im politischen Prozess?

Wir brauchen das Demokratiefördergesetz so schnell wie möglich. Gott sei Dank sind wir damit nicht alleine und bekommen Unterstützung von anderen Fraktionen. Ein kürzlich vorgestelltes Rechtsgutachten zeigt, dass es rechtskonform umsetzbar ist und entkräftet die etwa aus der CDU vorgetragenen Bedenken. Wissenschaftler sprechen sich für ein solches Gesetz aus, auch die Gewerkschaften sind mit an Bord. Ich bin zuversichtlich, dass wir in naher Zukunft vorankommen. Ob es noch in

»Die Interkulturelle Woche hat seit ihrem Start eine Grundlage geliefert, dass demokratische Auseinandersetzungen möglich sind.«

dieser Legislaturperiode sein wird, kann ich nicht sagen – aber ich bin Optimist.

Wie bewerten Sie die weiteren Ergebnisse des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus?

Der Ausschuss war eine sehr gute Sache, und die Ergebnisse gehen in die richtige Richtung. Es ist gelungen, die Zivilgesellschaft durch die Anhörungen sehr stark einzubinden. Es könnte natürlich immer besser sein – aber ich hätte zu Beginn der Wahlperiode nicht gedacht, dass wir so weit kommen. Es werden 89 Maßnahmen genannt, die nicht nur einfach Absichtserklärungen sind, sondern ganz konkret in den einzelnen Ressorts verankert wurden. Die Fraktionsspitzen und die Kanzlerin sind sich einig, dass die Umsetzung enorm

... (die vom Volk
gewählten Vertreter die Herr-
schaft ausüben); mittelbare, par-
lamentarische, repräsentative, un-
mittelbare -; **De|mo|kra|tie|ver-**
ständ|nis; **De|mo|kra|tin;** **de-**
mo|kra|tisch; eine demo-
kratische Verfassung, demokratische



wichtig ist, da müssen wir jetzt dranbleiben.

Unter den Abgeordneten im Bundestag soll das Thema nun über Fraktionsgrenzen hinweg bearbeitet werden.

Dazu haben wir den Parlamentskreis »Vielfalt und Antirassismus« gegründet, in dem Kolleginnen und Kollegen aus fünf Fraktionen mitarbeiten. Ziel ist es, diesen Themen im Parlament mehr Gehör zu verschaffen, und zwar losgelöst von Koalitionsfragen. Wir haben Fachleute in dem Gremium und laden weitere Experten und Vertreter der Zivilgesellschaft ein. Wir wollen auf Augenhöhe zusammenarbeiten.

Generell sind Menschen mit Migrationshintergrund auf Wahllisten und in Parlamenten unterrepräsentiert. Wie kann man das ändern?

Die Parteien müssen sich in dieser Richtung viel mehr öffnen. Die SPD etwa hat zahlreiche Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise und Foren mit unterschiedlichen Zielgruppen, von den Jusos über die AG Migration und Vielfalt bis zur AG 60+. Aber es reicht eben nicht, auf dieses Angebot zu verweisen und zu sagen »Kommt doch mal vorbei«. Es braucht eine gezielte Ansprache mit konkreten Einladungen zu geeigneten Formaten. Wenn wir Jugendliche besser erreichen wollen, ist die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre mehr als notwendig. Und die SPD fordert seit Langem die Einführung des Wahlrechts für Nicht-EU-Bürger auf

»Ich bin fest entschlossen, meine Arbeit fortzuführen – um denjenigen, die bereit sind, Gewalt anzuwenden, zu zeigen, dass sie nicht in der Mehrheit sind.«

kommunaler Ebene, damit sich mehr Menschen in ihrem direkten Umfeld politisch einbringen können.

Im Januar 2020 wurden mehrere Schüsse auf Ihr Bürgerbüro abgegeben. Haben die Bedrohungen und Anfeindungen gegen Sie generell zugenommen? Wie gehen Sie damit um?

Solch ein Ereignis kann man nicht einfach wegwischen, das bekommt man nicht so schnell aus dem Kopf. Menschen, die so etwas machen, wollen jemanden, der sich für die Demokratie engagiert, einschüchtern. Mein Team und ich lassen uns aber nicht einschüchtern.

Gibt es Hinweise auf den oder die Täter?

Nein, bisher nicht. Die Zusammenarbeit mit der Polizei funktioniert aber sehr gut. Regelmäßig fährt eine Streife an unserem Büro vorbei. Ansonsten müssen wir abwarten. Ich habe großes Vertrauen in die Ermittlungsbehörden – trotz der negativen Vorfälle der vergangenen Jahre bei der Polizei. Ich persönlich habe nur gute Erfahrungen gemacht.

Haben Sie darüber nachgedacht, sich aus der Politik zurückzuziehen?

Nein. Ich bin fest entschlossen, meine Arbeit fortzuführen – um denjenigen, die bereit sind, Gewalt anzuwenden, zu zeigen, dass sie nicht in der Mehrheit sind. Denn die überwältigende Mehrheit ist für eine offene und vielfältige Gesellschaft, davon bin ich überzeugt. Gestärkt hat uns nach dem Anschlag und den Morddrohungen die riesige Welle der Solidarität, die uns erreicht hat – nicht nur in den sozialen Medien, sondern auch in persönlichen Begegnungen und Besuchen in der Geschäftsstelle. Da wurden Rosen oder Unterschriftenlisten von Schulklassen vorbeigebracht, in denen die Tat verurteilt wurde. Unglaublich wichtig war auch, dass sich die Kanzlerin, der Bundespräsident und die Fraktionsspitzen öffentlich geäußert und deutlich gemacht haben, dass hier eine Grenze weit überschritten worden ist. Wir machen weiter. Denn dieses Land ist zu schön, um es Menschen zu überlassen, die nur hetzen und hassen wollen. ❖

Mark Karamba Diaby wurde 1961 in Marsassoum/Senegal geboren. Mit Mitte 20 kam er über ein Stipendium zum Chemie-Studium in die damalige DDR. An der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg promovierte er auf dem Gebiet der Geoökologie. Anschließend war Diaby beruflich in verschiedenen gemeinnützigen Organisationen im Bereich Bildung, Jugendpolitik, Vielfalt und Menschenrechte tätig. Von 2011 bis 2013 arbeitete er als Referent im Ministerium für Arbeit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt. Von 2009 bis 2015 war er Stadtrat in Halle (Saale). 2013 wurde Diaby als erster in Afrika geborener Schwarzer Mensch in den Deutschen Bundestag gewählt. Mit seiner Frau und den beiden Kindern lebt er in Halle (Saale).



Foto: Ute Langkafel MAIFOTO

Kontakt: karamba.diaby@bundestag.de

Steffen Blatt ist Politologe und Referent für



Öffentlichkeitsarbeit beim Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche.

Foto: ÖVA/Nils Bornemann

Kontakt: s.blatt@interkulturellewoche.de



EIN MEILENSTEIN AUF DEM WEG ZUR EINWANDERUNGSREPUBLIK

Die Ergebnisse des Kabinettsausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus – Eine Einschätzung

Johannes Brandstätter

Der Kabinettsausschuss stellt mit seinem Maßnahmenkatalog von November 2020 einen historischen Meilenstein dar. Noch vor einem Jahr war nicht absehbar, dass sich die Bundesregierung derart prominent und direkt mit diesem Themenkomplex auseinandersetzen würde. Erstmals wird ein systematischer Ansatz sichtbar, der mehr als achtzig Punkte aus sieben Ressorts umfasst. Ausdrücklich wurden Organisationen von Einwanderungscommunities und rassistuskritische Akteure im Vorfeld zu Anhörungen eingeladen. Sie konnten damit Impulse für die Agenda des Kabinettsausschusses setzen.

Rassistisch diskriminierte Gruppen sitzen nun also mit am Tisch und dürfen aus ihrer Perspektive sprechen und Ansprüche formulieren – das hat es in der Bundesrepublik bislang nicht gegeben. Der Staat hat sich damit für die selbstverständliche Einbeziehung von Bevölkerungsteilen positioniert, die bislang nicht zum kollektiven »Wir« gehörten. Eine lange Tradition, in der selbst demokratische Programmatiken von einer ideologisch omnipräsenten Definition des Volkes durch Abstammung und »Whiteness« geprägt waren, scheint gebrochen und hoffentlich nicht nur vorläufig beendet zu sein, und durch die von der politischen Elite propagierte Vorstellung einer pluralen und multiethnischen Gesellschaft abgelöst zu werden.

So bemerkenswert der Kabinettsausschuss an sich ist, so differenziert sind die einzelnen, teilweise nur vage angedeuteten Maßnahmen zu bewerten. Die Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen betrachtet die Verbindlichkeit der 89 Maßnahmen als »wenig belastbar«. Sie moniert: es »fehlt eine dauerhafte, institutionelle Verankerung der Auseinandersetzung mit Rassismus auf allen politischen Ebenen«. Die Bundeskonferenz hat eine eigene Agenda 2025 mit ihren Forderungen dazu vorgelegt.

- Rassistische Polizeigewalt und Racial Profiling: Die von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI) des Europarats angemahnte rassistuskritische Polizeistudie wird es (noch) nicht geben. Racial Profiling wird nicht angesprochen.
- Beim Kernstück Demokratiefördergesetz hat die Koalition sich nur auf die Erstellung von Eckpunkten eines Gesetzes geeinigt, mit einer Chance auf Umsetzung womöglich erst nach der Bundestagswahl.

- Politische Bildung, berufliche Fortbildung, Sensibilisierung und Dialog werden in zahlreichen Maßnahmen großgeschrieben, insgesamt eine Milliarde Euro in Aussicht gestellt. Davon dürften auch zivilgesellschaftliche Träger profitieren. Bemerkenswert ist, dass ein deutliches Gewicht auf der Förderung der betroffenen Communities und der ausdrücklichen Adressierung von Rassismus liegt. Die Frage der Verstetigung bleibt allerdings offen.
- Der Begriff »Rasse« im Grundgesetz soll ersetzt werden. Ein Streit ist jedoch darüber entbrannt, wodurch. Die von SPD und Union angestrebte Formulierung wird vom Deutschen Institut für Menschenrechte und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen als Verschlechterung kritisiert.
- Eine Reihe von Maßnahmen richten sich ausdrücklich an die jeweiligen von Diskriminierung betroffenen Communities und zeigen so Wertschätzung und fördern ihre Anerkennung. ❖

Johannes Brandstätter ist Diplom-Politologe, Grundsatzreferent Migration in der



Diakonie Deutschland und Mitglied des Ökumenischen Vorbereitungsausschusses zur Interkulturellen Woche.

Foto: ÖVA/Nils Bornemann

Einschätzungen zum Maßnahmenkatalog von weiteren Akteuren lesen Sie hier:



Kontakt: migration@diakonie.de



Interkulturelle Woche 2021

EUROPA TREIBT DEN AUSSTIEG AUS DEM FLÜCHTLINGSSCHUTZ VORAN

70 Jahre Genfer Flüchtlingskonvention

Günter Burkhardt

Seit Jahren streiten die EU-Mitgliedstaaten darüber, wie die europäische Flüchtlingspolitik aussehen soll. Doch faktisch herrschen an den Grenzen Europas jetzt schon Bedingungen vor, die den Zugang zum Recht auf Asyl massiv erschweren. Es ist unfassbar, was im 70. Jahr der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) in Europa geschieht: Ein ganzer Kontinent stiehlt sich aus der Verantwortung für Menschen auf der Flucht und versperrt ihnen das Recht darauf, in Europa Schutz zu suchen.

»Ein ganzer Kontinent stiehlt sich aus der Verantwortung für Menschen auf der Flucht.«

Vor nunmehr 70 Jahren, genauer am 28. Juli 1951, wurde das »Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge« – wie der eigentliche Titel der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) lautet – verabschiedet. Es war ein zivilisatorischer Meilenstein nach dem Schrecken und Terror des Zweiten Weltkriegs, dass Menschen individuelle Rechte haben, die einklagbar sind und dass das Handeln der Behörden nicht willkürlich nach Gutsherrenart erfolgen darf. Geflüchtete haben ein Anrecht darauf, einen Asylantrag zu stellen, in einem fairen Verfahren angehört zu werden. Und der Zugang zum Rechtsstaat ist fundamental für eine Demokratie und für das Zusammenleben in Europa. Werte, auf die die EU besonders stolz ist, die sie aber täglich an den Außengrenzen über Bord wirft.

Denn die Realität im Europa des 21. Jahrhunderts ist eine andere: Die Bilder von der bosnisch-kroatischen Grenze – einer EU-Außengrenze – zeigen Schutzsuchende im Schnee, in den Wäldern, ungeschützt vor dem bosnischen Winter und ohne winterfeste Unterbringung. Die meisten Geflüchteten waren schon in der EU gewesen. Zu Tausenden hat die kroatische Grenzpolizei sie mit Gewalt zurück über die Grenze nach Bosnien geprügelt. Seit Jahren sind an der bosnisch-kroatischen Grenze Push-Backs an der Tagesordnung, die mit äußerster Brutalität durchgeführt werden und gegen internationales und europäisches Recht verstoßen.

»HILFE VOR ORT« BEDEUTET »BLEIBT WO IHR SEID«

Die EU hat die völkerrechtliche Pflicht, diesen Menschen den Zugang zum Asylverfahren zu ermöglichen. Doch bislang hat sie sich mit Geld für die »Hilfe vor Ort« aus der Verantwortung für die Geflüchteten freizukaufen versucht. Denn »Hilfe vor Ort« bedeutet »bleibt wo ihr seid« – festgesetzt vor und an den EU-Außengrenzen. Jetzt wälzt die EU die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf Bosnien ab, einen fragilen Staat, der nach dem furchterlichen Krieg in den 1990er Jahren durch einen Hohen Repräsentanten der Vereinten Nationen überwacht wird. Jetzt wälzt die EU die Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf Bosnien ab – und zwar für die Menschen, denen die EU durch Push-Backs der kroatischen Grenzpolizei rechtswidrig das Recht auf Asyl verwehrt.



Das »Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge« – so lautet der eigentliche Titel der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) – wurde am 28. Juli 1951 verabschiedet.

Foto: Arni/UN Archives



In Griechenland, in der Ägäis, schleppt die griechische Regierung Flüchtlingsboote mit Gewalt in internationale Gewässer zurück, setzt Flüchtlinge aus, treibt sie Richtung Türkei. Sogar Frontex-Boote stehen im Verdacht, sich an den Aktionen zu beteiligen. An den Landgrenzen werden zur Abwehr Geflüchteter Zäune hochgerüstet und Hubschrauber eingesetzt. Es wird mit Blindmunition, ja mit scharfer Munition, auf Flüchtlinge geschossen.

PUSH-BACKS, GEWALT, ZÄUNE: DAS IST DIE REALITÄT AN DEN EU-AUSSENGRENZEN

Im Mittelmeer sieht die Situation nicht besser aus. Europäische Grenzschützer überwachen die Schiffsbewegungen im Mittelmeer und nutzen die so gewonnenen Informationen, um Geflüchtete durch illegale Push-backs zurück in libysche Gewässer zu treiben, wie

Tagesschau und andere Medien berichten. Die Drecksarbeit, im Mittelmeer Schutzsuchende aufzugreifen und sie Richtung Libyen zurückzuschleppen, wo ihnen schwerste Menschenrechtsverletzungen drohen, wird der sogenannten libyschen Küstenwache überlassen. Push-Backs, Gewalt, Zäune: Das ist die Realität an den EU-Außengrenzen – mit dem Wissen der EU und in ihrem Namen, denn Europa liefert das Geld, um all das zu ermöglichen. Flüchtlingsschutz sieht anders aus.

Was illegal und menschenrechtswidrig ist, soll jetzt ein legales Mäntelchen bekommen. Die EU arbeitet daran, die jetzt schon stattfindende Entrechtung Geflüchteter in Gesetze zu gießen. Am 23. September 2020 hat die Europäi-

sche Kommission den sogenannten »New Pact on Migration and Asylum« vorgelegt – ein Gesetzespaket, das über die Frage entscheidet, ob und wie Geflüchtete künftig in Europa Schutz finden können. Mit dem Vorhaben kommt die Kommission all jenen Mitgliedstaaten entgegen, die am liebsten gar keine Flüchtlinge aufnehmen wollen. Aber eben auch jenen, für die Menschenrechte und der Flüchtlingsschutz nur noch ein Lippenbekenntnis sind und die stillschweigend die Abriegelung Europas mitvorantreiben. Diese steckt in einem kaum durchschaubaren Paragraphendschungel aus Hunderten von Seiten und hinter schwer verständlichen Begriffen. Das Recht auf Asyl wird zwar nicht abgeschafft – aber mit einem Sperrgitter versehen, sodass niemand es mehr in Anspruch nehmen kann.

WIRD DER »NEW PACT« REALITÄT, WIRD FUNDAMENTALES FLÜCHTLINGSRECHT SCHLICHT- WEG UMGANGEN

Ein Beispiel: Geflüchtete, die Europa erreichen, werden künftig an der Grenze bis zu sechs Monate in Lagern festgehalten. Sie gelten in dieser Zeit nicht als eingereist. Fiktiv tut man so, als hätten sie nie europäischen Boden betreten, obwohl sie auf europäischem Boden in Lagern festsitzen. Das Wort heißt »Nichteinreisefiktion« – und ist rechtlich absolut fragwürdig. Wieviel Rechte wird Europa Schutzsuchenden künftig überhaupt noch gewähren,

Die EU schottet sich ab: Slowenische Soldaten errichten im November 2015 an der Grenze zu Kroatien eine Stacheldrahtbarriere, um Geflüchtete aufzuhalten.

Foto: Imago/Pixsell



wenn sie nicht einmal als eingereist wahrgenommen werden?

In den Insellagern, wie wir sie seit Jahren in Griechenland kennen, soll es beschleunigte Grenzverfahren geben, in denen Geflüchtete jedoch nicht etwa nach ihren Fluchtgründen gefragt werden. Stattdessen soll festgestellt werden, ob sie womöglich durch einen Staat durchgereist sind, in den man sie zurückschicken kann. Die Kriterien für solche sogenannten »sicheren Drittstaaten« will die Kommission senken. Bereits die Durchreise soll genügen, um dorthin abgeschoben zu werden. Die EU entledigt sich so der Verantwortung für den Flüchtlingsschutz. Die Menschen werden durchgereicht und immer näher an Kriegs- und Krisengebiete zurückgeschickt. Eine reelle Chance auf Schutz wird ihnen verwehrt.

Die EU untergräbt damit einen der Pfeiler des Flüchtlingsschutzes, nämlich das Recht auf Schutz vor Zurückweisung, das in Artikel 33 der Genfer Flüchtlingskonvention verankert ist. An der Grenze muss Schutzsuchenden der Zugang zu diesem Recht zwingend offengehalten werden. Wird der »New Pact« Realität, wird fundamentales Flüchtlingsrecht schlichtweg umgangen. Auf dem Papier existiert es zwar noch, in der Realität wird es Schutzsuchenden nicht mehr von Nutzen sein.

Das berüchtigte und inzwischen abgebrannte Insellager Moria und jetzt das Nachfolgelager Kara Tepe auf der griechischen Insel Lesbos sind ein Sinnbild des Verrats an allem, wofür ein Europa der Menschenrechte steht. Wenn Geflüchtete zu Tausenden in abgeschlossenen Insellagern weggesperrt sind, gibt es keinen Zugang für Anwalt*innen,



Zäune überall: Ein junges Mädchen läuft 2017 durch das Aufnahmelager Vathy auf der griechischen Insel Samos. Foto: UNHCR/Yorgos Kyvernitis

Verzweiflung: Eine Familie sucht nach dem verheerenden Brand im Lager Moria im September 2020 Schutz am Straßenrand. Foto: UNHCR



»An Europas Grenzen entscheidet sich, ob Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch in Zukunft die Grundlage staatlichen Handelns sind.«

jedenfalls dann nicht, wenn sie nicht den Namen des Betroffenen kennen. Wie soll unter menschenunwürdigen Zuständen ein Zugang zu einem Rechtssystem ermöglicht werden, wenn es dort weder Anwalt*innen noch Beratung noch eine ausgebaute Gerichtsbarkeit gibt?

Mit dem »New Pact« wird Moria zum Programm. Geeinigt haben sich die EU-Staaten zwar noch nicht, faktisch nimmt der »New Pact« aber immer mehr Form an. Bis September 2021 soll mit EU-Geldern auf der Insel Lesbos ein neues, geschlossenes Lager entstehen, das hat die EU-Kommission mit den griechischen Behörden vereinbart. Doch diesmal wird die Entrechtung Schutzsuchender hinter Zäunen und Lagermauern für die europäische Öffentlichkeit kaum sichtbar sein, der Protest dagegen soll verstummen. Das wird es künftig sehr schwer machen, den schändlichen Pakt der Entrechtung anzuprangern. Seit Bestehen der Genfer Flüchtlingskonvention waren der Flüchtlingsschutz und das Recht auf Asyl in Europa noch nie so sehr in Gefahr wie heute.

MENSCHENRECHTE ZÄHLEN

Die Interkulturelle Woche und der Tag des Flüchtlings finden in zeitlicher Nähe zur Wahl des Deutschen Bundestages statt. Deutschland und die Europäische Union stehen vor wegweisenden Ent-

scheidungen. Die drohende Klimakatastrophe, die galoppierende Pandemie und die Folgen von Krieg, Terror und Verfolgung sind nationalstaatlich nicht zu lösen. Unsere Gesellschaft basiert auf Offenheit, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.

Die Staaten der EU verabschieden sich gerade von der uneingeschränkten Geltung der Menschenrechte. Einige EU-Staaten wollen überhaupt keine Flüchtlinge schützen, andere streben nur die Aufnahme von kleinen Kontingenten an – niemand verteidigt mit Entschiedenheit das individuelle Recht auf Asyl. Wir halten demgegenüber fest: An Europas Grenzen entscheidet sich, ob Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch in Zukunft die Grundlage staatlichen Handelns sind. Schutzsuchende dürfen an Europas Grenzen nicht zurückgewiesen werden. Der Zugang zum Recht auf Asyl muss gewährleistet sein.

Es ist ein Irrtum, zu denken, dass man gegenüber Flüchtlingen die Grenzen schließt, Stimmung schürt und eine Gesetzesverschärfung nach der anderen auf den Weg bringt, und gleichzeitig Hochqualifizierte mit offenen Armen empfangen kann. Rassistische Haltun-

gen orientieren sich nicht am Aufenthaltsstatus, sie treffen alle in unserem Land, die als fremd markiert werden. Das verbal verbreitete Gift, die Verrohung der Sprache, die Missachtung von Grund- und Menschenrechten, Alltagsrassismus und rassistische Gewalt entziehen unserer Gesellschaft die Grundlage.

Deutschland muss zum Leuchtturm der Geltung der Menschenrechte in Europa werden. Und genau deswegen sind die Interkulturelle Woche und der Tag des Flüchtlings so wichtig, damit deutlich wird: Der Schutz von Flüchtlingen ist ein elementares unveräußerliches Menschenrecht. Menschenrechte zählen. ❖

Günter Burkhardt ist Geschäftsführer und Mitbegründer von PRO ASYL. Die Menschenrechtsorganisation setzt sich seit mehr als 30 Jahren für die Rechte von Flüchtlingen



und Asylsuchenden ein. Burkhardt ist außerdem Mitglied im Ökumenischen Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche.

Foto: ÖVA/Nils Bornemann

Kontakt: presse@proasyl.de



Weitere Texte zum Thema »Menschenrechte für Geflüchtete?!« finden Sie auf unserer Homepage

- Corona als Chance – Die Folgen der Pandemie für die Einwanderungsgesellschaft | Birgit Glorius
- Das System der ANKER-Zentren | Franziska Sauer

www.interkulturellewoche.de/themen



Interkulturelle Woche 2021

EIN SCHIFF VON UNS, VON EUCH, VON ALLEN

United4Rescue: Wie wir gemeinsam ein Schiff ins Mittelmeer schickten

Ansgar Gilster

Von tragfähigen flüchtlingspolitischen Lösungen ist die Europäische Union entfernter denn je. Auch jüngste Pläne der EU-Kommission setzen auf Zurückweisungen an den Außengrenzen, die Auslagerung der Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen und auf Abschiebungen. Die fortgesetzte Krise ist absehbar: Das Sterben auf dem Mittelmeer wird weitergehen, ebenso wie die Not in den Flüchtlingslagern.

Anlass zur Hoffnung gibt es aktuell wenig. Umso wichtiger wird der Einsatz für die Menschenrechte und das gemeinsame, verbündete Handeln. Davon erzählt die Geschichte der Sea-Watch 4, dem Rettungsschiff, das Anfang 2020 ins Mittelmeer aufbrach – geschickt von Sea-Watch und dem Bündnis United4Rescue, in dem die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und hunderte weitere Organisationen zusammenstehen.



Im August 2020 startete die Sea-Watch 4 zu ihrer ersten Mission im Mittelmeer.

Foto: Chris Grodotzk



INITIATIVE AUF DEM EVANGELISCHEN KIRCHENTAG 2019

Die Initiative für das neue Rettungsschiff entstand im Sommer 2019 beim Dortmunder Kirchentag, als sich vor Lampedusa die Situation auf der Sea-Watch 3 zuspitzte. Mehr als drei Wochen lang verweigerte der damalige italienische Innenminister Salvini dem Schiff einen Hafen. Dadurch wurde die Seenotrettung zum zentralen Thema auch beim Kirchentag: Kapitänin Carola Rackete sprach per Live-Schaltel vom Schiff zum Kirchentagspublikum, der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm appellierte an den deutschen Innenminister Horst Seehofer, die Geretteten der Sea-Watch 3 sofort aufzunehmen, Hintergrundgespräche wurden geführt, die Namen von über 30.000 ertrunkenen Flüchtlingen wurden auf Transparente geschrieben und in einem Trauermarsch durch die Dortmunder Innenstadt ge-

tragen. Spontan wurde eine Großveranstaltung mit Leoluca Orlando ange- setzt, dem Bürgermeister von Palermo. Dort sprach eine Seenotretterin vor tausenden Menschen die Idee des neuen Schiffes erstmals öffentlich aus:

»Wir wollen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft, den Städten und Kommunen, der Kirche und euch allen ein Zeichen setzen und ein Schiff in das tödlichste Gewässer der Welt schicken. Ein Schiff der Gemeinschaft, der Solidarität und Nächstenliebe. Ein Schiff von uns, von euch, von allen.«

Damit war die Idee in der Welt. Öffentliche Aufmerksamkeit, eine Petition und tausende unterstützende E-Mails an die EKD, sich für das Schiff einzusetzen, brachten die Dinge weiter ins Rollen. Intensive Beratungen folgten in den kirchlichen Gremien, rechtliche Fragen wurden geprüft, und die praktische Umsetzung geplant. Es war an-

fangs kein einfacher, einvernehmlicher Prozess – wie immer, wenn Menschen ganz unterschiedlicher Richtungen etwas zum ersten Mal tun. Die Wochenzeitung DIE ZEIT kommentierte später: »Das Kirchenamt hätte fast das Schiffsprojekt versenkt.«, würdigte allerdings auch das Umsetzungstempo der Kirche als »rasant«.

BEI DER ERSTEN MISSION WURDEN 354 MENSCHEN GERETTET

Und tatsächlich bewies das Kirchenamt seine Unterstützung für das nie dagewesene Projekt in der Zeitschiene. Keine drei Monate vergingen bis zum Schiffskauf. In Windeseile und jenseits aller üblichen Dienstwege wurde der Verein United4Rescue gegründet, die Gemeinnützigkeit eingeholt, eine Geschäftsstelle eingerichtet, eine Spendenkampagne gestartet. Und ein Bündnis ins Leben gerufen, um die breite gesellschaftliche Unterstützung für die Seenotrettung



Bereits innerhalb der ersten 48 Stunden des Einsatzes wurden rund 200 Menschen gerettet.

Foto: Chris Grodotzk



generell sichtbarer zu machen. Rund 700 große und kleine Organisationen haben sich United4Rescue im ersten Jahr als Bündnispartner angeschlossen, darunter Ärzte ohne Grenzen, der Koordinationsrat der Muslime, die Stadt Karlsruhe, der Deutsche Gewerkschaftsbund und alle Pfadfinderverbände in Deutschland. Auch Kindergärten, Kirchengemeinden und viele Unternehmen sind dabei – darunter ein Limonadenhersteller, eine Tanzschule, ein Gemüseladen und ein Milchbauernhof. Unter der Überschrift »Wir schicken ein Schiff!« sammelte United4Rescue weit über eine Million Euro, ersteigerte erfolgreich ein ehemaliges Forschungsschiff und überließ es Sea-Watch als Rettungsschiff. Bei seiner ersten Mission rettete es 354 Menschenleben.

Mittlerweile hat United4Rescue bereits das nächste große Vorhaben verwirklicht: »Wir schicken noch ein Schiff!« – und den Kauf und Umbau eines neuen Rettungsschiffes für Sea-Eye ermöglicht.

Es haben schon Andere Rettungsschiffe auf den Weg gebracht, doch es ist das erste Mal, dass eine große Institution wie die evangelische Kirche Haltung nicht nur predigt, sondern so öffentlich zeigt – und zugleich viele andere Organisationen mitmachen.

WARUM DIE AKTION GELANG

Drei zentrale Aspekte, warum diese Aktion so gut gelang – und auch weiterhin erfolgreich ist –, lassen sich im Kampagnenmotto »Wir schicken ein Schiff« ausmachen: Im »Wir« zeigt sich der gemeinschaftsstiftende, nach allen Seiten hin offene Charakter von United4Rescue. Es ist ein Wir, das nicht unterscheidet, sondern alle gleichermaßen »an Bord« kommen lässt, die das Anliegen unterstützen. Ein Schiff zu »schicken« und selbst etwas zu tun, bietet eine Handlungsoption, wächst doch bei vielen das Ohnmachtsgefühl angesichts der unterlassenen Hilfeleistung durch die europäischen Staaten.

Das »Schiff« kann nicht alle Ertrinkenden retten, nicht eine politische Lösung im Mittelmeer ersetzen – und schon gar nicht die großen dahinterliegenden Fragen von Flucht und Migration beantworten. Doch es ist konkret. Es ist mehr als eine symbolische Aktion, es ist kein Appell oder offener Brief, sondern es rettet tatsächlich Menschenleben. Es fordert die Politik humanitär heraus und zwingt zum Hinsehen, wo viele lieber wegschauen. Dass das Schiff nach seinem ersten Einsatz unmittelbar festgesetzt wurde, so wie andere Rettungsschiffe auch, war absehbar – und Drangsalierungen in Kauf zu nehmen,

»Das Schiff fordert die Politik humanitär heraus und zwingt zum Hinsehen, wo viele lieber wegschauen.«

gehörte in Solidarität mit den Seenotretter*innen gewissermaßen dazu.

Für dieses Engagement brauchte es institutionellen Mut, die eigene Position auch bei einem polarisierenden Thema zu vertreten. Vor allem aber institutionelles Vertrauen, mit anderen Organisationen unterwegs zu sein – das heißt, das gemeinsame Anliegen stärker als die üblichen Eigeninteressen zu gewichten. Das ist für jede Organisation eine Herausforderung. Gelingt es aber, sind Verbindungen zwischen den unterschiedlichsten Akteuren möglich: sozialen Bewegungen, institutionellen »Tankern«, NGOs, Städten und Kommunen, lokalen Netzwerken und Initiativen. Neue Spielräume, Reichweiten und Einsichten entstehen für alle Seiten. Diese Integrationsarbeit ist anfangs meist nicht leicht, bis schließlich Vertrauen aufgebaut ist. Entscheidend ist, immer wieder, das gemeinsame An-



liegen in die Sprache und Kultur ganz unterschiedlicher Akteure zu übersetzen, jede Möglichkeit zum Miteinander zu nutzen und beharrlich Vertrauen zu verschenken – in der Hoffnung, es wieder zurückzubekommen.

Dieses Zusammenwirken zahlt sich aus, radikale Kooperation ist dazu dringend notwendig. Denn bei jeder drängenden politischen Aufgabe, welcher auch immer, braucht es nicht allein kluge, praktikable Lösungsvorschläge, sondern auch Mehrheiten, um sie zu verwirklichen. Nur solidarisch werden wir realistisch in Zukunft sozialpolitische und demografische Herausforderungen bewältigen, die Folgen des Klimawandels abmildern – oder eben das Sterben im Mittelmeer beenden. ❖

Weitere Informationen:
www.united4rescue.de

Ansgar Gilster ist Referent im Referat



Migration und Menschenrechte im Kirchenamt der Evangelischen Kirche in Deutschland.

Foto: DEKT/Jens Schulze

Kontakt: ansgar.gilster@ekd.de

Foto: Chris Grodotzki

Am 25. November 2020 hat das Präsidium des Deutschen Städtetages diesen Beschluss verabschiedet:

KOMMUNALE AUFNAHMEBEREITSCHAFT VON GEFLÜCHTETEN

1. Die Städte wollen in der europäischen Migrationspolitik ein Zeichen von Menschlichkeit setzen, Verantwortung übernehmen und aus humanitären Gründen helfen. Das Präsidium hält die humanitäre Situation der Flüchtlinge in den griechischen Flüchtlingslagern, insbesondere der Kinder und anderer vulnerabler Personen, für unerträglich. Der Brand im Flüchtlingslager Moria hat die Situation verschärft. Die Menschen leben in unzumutbaren Verhältnissen auf dem Boden der EU. Diese Zustände dürfen nicht länger andauern. In dieser akuten Notsituation war es richtig, voranzugehen und ein Zeichen der Menschlichkeit zu setzen. Das Präsidium begrüßt den Beschluss der Bundesregierung, rund 1550 anerkannte Flüchtlinge und 150 unbegleitete Minderjährige aus Moria aufzunehmen.

2. Der Deutsche Städtetag würdigt die erklärte zusätzliche Aufnahmebereitschaft einer Reihe von Städten. Die Städte wollen damit ein Zeichen von Menschlichkeit setzen, ihre Möglichkeiten nutzen und Verantwortung übernehmen und aus humanitären Gründen helfen. Das Präsidium appelliert an Bund und Länder, die aufnahmebereiten Städte bei der Verteilung der aus Griechenland kommenden Flüchtlinge besonders zu berücksichtigen.

3. Die Flüchtlingszuwanderung 2015/2016 hat erhebliche Mängel des europäischen Asylsystems offenbart. Moria wurde zum Sinnbild für ein Versagen der EU in der europäischen Asylpolitik. Es bedarf daher eines neuen, tragfähigen europäischen Rahmens, um die unterschiedlichen Interessen der Mitgliedstaaten auszugleichen und eine angemessene Antwort auf Chancen und Herausforderungen des Flucht- und Migrationsgeschehens zu finden. Das Präsidium appelliert eindringlich an die deutsche Ratspräsidentschaft und die EU-Staaten, auf der Grundlage des von der EU-Kommission vorgelegten Vorschlags bis zum Jahresende eine politische Verständigung über die Kernkomponenten eines neuen Asyl- und Migrationspakets zu erzielen. Es muss endlich gelingen, in Europa zu einer solidarischen und fairen Verteilung von Geflüchteten zu kommen.

4. Der Deutsche Städtetag fordert die Bundesregierung auf, ihr Engagement bei der humanitären Aufnahme aus Drittstaaten auszubauen, um in Not geratenen Menschen die gefährliche Flucht nach Europa zu ersparen, irreguläre Migration zu bekämpfen und Schleuserkriminalität entgegenzuwirken. Das Engagement in den Herkunftsstaaten ist auszubauen.



MEIN VATER UND DER ROTE TRAKTOR

Ab 1961 kamen systematisch Gastarbeiter*innen aus der Türkei nach Deutschland – ihre Geschichten und die ihrer Kinder kommen in der deutschen Erinnerungskultur bisher kaum vor

Dr. Çiçek Bacık

Meinem Vater İbrahim gelang es, kurz vor dem Anwerbestopp im Jahr 1973 nach Deutschland zu kommen, nachdem er sich mit Gelegenheitsjobs in İstanbul durchgeschlagen hatte. Viele Gastarbeiter*innen kamen mit großen Hoffnungen auf ein besseres Leben nach Deutschland, andere trieb die Abenteuerlust hierher. Vorher mussten sie sich in den Anwerbebüros – wie Vieh – einer Gesundheitsprüfung unterziehen. Kerngesund mussten sie sein, um einen Fahrschein zu ergattern. In den Anwerbebüros wurde kaum

über die Rahmenbedingungen der Industriearbeit informiert. Die Gastarbeiter*innen arbeiteten im Baugewerbe, in der Landwirtschaft, in der Eisen- und Metallindustrie und im Bergbau.

Nicht nur Männer wurden für die deutsche Industrie angeworben, sondern auch gezielt Frauen. Insgesamt waren über ein Drittel der Gastarbeiter*innen Frauen. In den 1960er Jahren war der westdeutsche Arbeitsmarkt stärker als heute nach Geschlecht sortiert. Es wurden so auch, dringend, Frauen gebraucht. Sie wurden für die Textil- und Nahrungsmittelindustrie, aber auch für Arbeitsplätze in der Elektrotechnik

und in der Metallindustrie angeworben. Berufe, die oft extrem gesundheitsschädigend waren. Frauen waren besonders begehrt, weil sie noch weniger Lohn erhielten als männliche »Gastarbeiter«. Damals war der Anteil der arbeitenden Migrantinnen, gemessen am Anteil weiß-deutscher Frauen, um 50 Prozent höher. »Gastarbeiterinnen« arbeiteten,

Gastarbeiterinnen aus der Türkei kommen im Oktober 1965 am Münchner Hauptbahnhof an. Nach ihrer Registrierung wurden sie auf Anschlusszüge verteilt, die sie zu ihren Bestimmungsorten brachten. Foto: Stadtarchiv München, Archiv Rudi Dix



»Die Perspektive unserer Eltern und unsere Perspektiven sind ein wichtiger Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur.«



anders als die meisten weiß-deutschen Frauen, zudem in Vollzeit.

UNWÜRDIGE LEBENS- BEDINGUNGEN

Während Menschen aus Spanien, Italien und Griechenland in bilateralen Abkommen von Beginn an die Familienzusammenführung ermöglicht wurde, wurde beispielsweise Türk*innen dieses Recht in den Anfangsjahren vorenthalten. So wie die heutigen osteuropäischen Werkvertragsnehmer*innen in der Schlachtindustrie, lebten auch die Gastarbeiter*innen unter unwürdigen Lebensbedingungen, wurden ausgebeutet und über langfristige Auswirkungen ihrer Arbeit auf ihre Gesundheit nicht informiert. Kerngesund kamen sie nach Deutschland, arbeiteten mit großem Eifer und in der Hoffnung, schnell Geld zu sparen und nach einigen Jahren in die Heimat zurückzukehren.

Auch mein Vater träumte davon. Er wollte einen roten Traktor kaufen und in sein Dorf, zu seiner Familie zurückkehren. Er arbeitete 40 bis 45 Stunden wöchentlich und hatte kaum Freizeit. In den ersten Jahren arbeitete er im Straßenbau im badischen Bruchsal. Auch unter extremen Witterungsbedingungen arbeitete er hart und fuhr in einem Bauwagen von einer Baustelle zur anderen. Seine einzigen Freunde waren ein paar Arbeitskollegen. Als er eines Tages zufällig an einem Bahnhof

in Karlsruhe Ahmet aus seinem Dorf traf, war die Freude groß. Zu Deutschen hatte Ibrahim kaum Kontakt. Eines Tages quetschte er beim Arbeiten seinen Finger ein, so dass der Finger anfing zu bluten. Als er seinen deutschen Vorarbeiter darüber informierte, lachte ihn dieser aus und forderte ihn auf, seine Arbeit fortzusetzen. Enttäuscht wandte sich mein Vater von diesem Betrieb ab und fand mit Hilfe eines Landsmanns eine Arbeit bei Siemens in West-Berlin.

Auch andere Gastarbeiter*innen erlitten Arbeitsunfälle, die sich in der Chemie- oder Stahlindustrie und in den Bergwerken ereigneten. Bei den meisten Unfällen klemmten sie sich die Finger oder Arme ein, oder es fielen Gegenstände auf sie. Eine besondere Schwierigkeit stellte die Arbeit in den Bergwerken dar, in 1000 Metern Tiefe, bei 38 Grad Hitze. Ein Großteil der Arbeiter, die in ihren Heimatländern als Hirte oder Bauer tätig gewesen waren, litten unter großen psychischen Problemen und Ängsten. Als große Belastung empfanden sie und ihre Familien den zunehmenden Rassismus in Deutschland. Viele kehrten dem Land deshalb tatsächlich den Rücken und gingen in ihre Heimatländer zurück.

Die Rückkehrpolitik wurde staatlich gesteuert: 1983 beschloss die schwarz-gelbe Koalition unter Helmut Kohl eine Rückkehrprämie in Höhe von 10.500 Mark für arbeitslos gewordene

Viele Gastarbeiter der ersten Generation lebten in Deutschland in beengten Verhältnissen, wie hier 1968 in Düsseldorf.

Foto: Imago Images/Klaus Rose

Türk*innen. So wollte man »unbrauchbar« gewordene Menschen loswerden. Doch meinem Vater gelang die Rückkehr aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Entwicklungen in seinem Heimatland nicht. Stattdessen holte er 1980 seine Frau und die vier Kinder nach West-Berlin. Seinen geliebten roten Traktor, den er Ende der 1970er erworben hatte, verkaufte er schweren Herzens an einen Landsmann, nachdem er mehrere Jahre im Garten seines Bruders in Istanbul gestanden hatte.

ZWEI JAHRE IN DER »AUSLÄNDER- KLASSE«

In Berlin besuchten mein älterer Bruder und ich zwei Jahre lang eine Ausländerklasse in einem Arbeiterviertel in der Spandauer Neustadt. Wir hatten keinen Kontakt zu Deutschen in diesen separierten Klassen, sodass wir nur schleppend Deutsch lernten.

In den ersten fünf Jahren durfte meine Mutter nicht arbeiten. Sie konnte nicht lesen und schreiben. Fünf Jahre später setzte ich mich für meine Mutter ein und fand für sie einen Job als Reinigungskraft bei der Firma Bosse. Mir war es wichtig, dass meine Mutter ein Stück



Unabhängigkeit von ihrem Ehemann erreicht.

Mein Vater arbeitete im Schichtdienst, meine Mutter hatte im Laufe der Zeit mehrere Putzjobs gefunden. In den Betrieben, in denen meine Eltern arbeiteten, herrschte oft schlechte Stimmung. Der Schichtdienst und die Akkordarbeit in der Waschmaschinenabteilung bei Siemens schlauchte meinen Vater. Auch meine Mutter hatte viel auf sich geladen. Denn sie war auch für die Erziehung der Kinder und den Haushalt verantwortlich.

Genauso erging es zahlreichen anderen Gastarbeiterkindern. Die Eltern schufteten, um den Lebensunterhalt zu verdienen, sprachen kaum genug Deutsch, um ihre eigenen Rechte und die ihrer Kinder im Bildungssystem durchzusetzen. Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen machten viele Kinder aber auch auf der Straße.

WARUM DIE GESCHICHTEN UNSERER ELTERN WICHTIG SIND

Warum erzähle ich all diese Geschichten? 2015 habe ich das Literaturkollektiv »Daughters and Sons of Gastarbeiters« gegründet. Die Perspektive unserer Eltern und unsere Perspektiven sind ein wichtiger Bestandteil der deutschen Erinnerungskultur, der bisher nicht vorkommt bzw. kaum ausreichend Raum im deutschen Narrativ einnimmt. Der wachsende Rassismus spaltet unsere Gesellschaft. NSU, Hanau, Rostock, Mölln, Solingen haben

Dr. Çiçek Bacık ist Philologin und Politikwissenschaftlerin. 2015 gründete sie



das Autor*innenkollektiv »Daughters and Sons of Gastarbeiters«. Seit zwei Jahren arbeitet sie als Grundschullehrerin in Berlin-Kreuzberg.

Foto: Neda Navaee

Kontakt: kontakt@gastarbeiters.de

»Was damals falsch gemacht wurde, kann heute vermieden oder verbessert werden.«

sich in unsere Köpfe gebrannt. Die Trauer und die Wut sind groß, aber auch der Wunsch nach Verständigung.

Mit Hilfe autobiographischer Geschichten versuchen wir, eine unmittelbare Nähe zwischen Autor*innen, Texten, Protagonist*innen und Publikum herzustellen. Die Autor*innen erzählen von ihren Eltern oder Großeltern, von sich und ihren Kindern. Es geht um echte Menschen und ihre wahren Geschichten. Die Autor*innen zeigen durch ihre gelebten und erzählten Geschichten, wie sich strukturelle Diskriminierung in vielen Lebensbereichen und in sehr feinen Nuancen zeigt und auswirkt – Arbeitsbedingungen, Bildung, Sprache, innerfamiliäre und Identitätskonflikte usw., aber auch Liebe, erlebte Unterstützung und Strategien des Umgangs damit.

Viele Dinge, die die Autor*innen oder ihre (Groß-) Eltern erlebt haben, sind außerhalb ihrer Communitys nicht bekannt. Sie kommen weder im öffentlichen Raum noch in Schulen, Museen oder Bibliotheken vor. Im Fernsehen kommt »Migration« vor, wenn es um Probleme mit »Integration«, »Kriminalität« oder »Zurückgebliebenheit« geht. Durch die autobiografischen Geschichten werden demgegenüber reale Geschichten ausgeleuchtet und nachvollziehbar gemacht. Es entsteht eine Sensibilisierung, die übertragen werden kann auf die heutige Situation von Geflüchteten, Neu-Zugewanderten und Nachfahren der ersten Generationen. In den Gesprächen nach den Lesungen versuchen wir immer wieder, diese Parallelen herzustellen.

ÜBER DEN EIGENEN MÖGLICHKEITSRAUM NACHDENKEN

Was damals falsch gemacht wurde, kann heute vermieden oder verbessert werden. Was damals gut gelaufen ist, kann heute wiederholt werden. Jede*r kann etwas dazu beitragen, im Privaten wie im öffentlichen, kulturellen und politischen Raum. Wir regen dazu an, über den eigenen Möglichkeitsraum nachzudenken und nötige Veränderungen zu einer anti-rassistischen, demokratischen und auf Gleichberechtigung basierenden Einwanderungsgesellschaft mitzugestalten.

Die Lesungen fördern die Akzeptanz der gesellschaftlichen Vielfalt in Deutschland und die Erzeugung von Empathie für unterschiedliche Biographien. Gleichzeitig wird der Abbau von Vorurteilen gegenüber Menschen mit Einwanderungsgeschichte durch Kontakt- und Gesprächsmöglichkeiten gefördert.

Nicht zuletzt werden aber auch Kinder und Kindeskin der »Gastarbeits«-Generationen ermutigt, sich mit der Familiengeschichte auseinanderzusetzen, die Familiengeschichte ins Verhältnis zur deutschen Geschichte zu setzen – und auch selbst für eine gerechte Repräsentation von »uns« einzutreten. Denn nur, wer in der sicht- und hörbaren Erzählung von Geschichte vorkommt, wer in den Institutionen und Lehrplänen, im Fernsehen, in den Archiven und Parlamenten vorkommt – und zwar als selbstverständlicher Teil dieses Landes –, hat dieselben Chancen wie alle anderen auch. ❖

Die Autor*innen von »Daughters & Sons of Gastarbeiters« können für Lesungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Weitere Informationen:
www.gastarbeiters.de



NEUSTART IN ZEITEN DER PANDEMIE

Das große Engagement der Ehrenamtlichen im Projekt »Neustart im Team« (NesT) schenkt Hoffnung in Zeiten von Corona

Beim Projekt »Neustart im Team« (NesT) unterstützt eine Gruppe von mindestens fünf Personen Geflüchtete für einen begrenzten Zeitraum finanziell und ideell.

© UNHCR/Annie Sakkab

Katharina Mayr

Neustart im Team – Staatlich-gesellschaftliches Aufnahme-programm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge«, kurz: NesT, ist ein so genanntes Community Sponsorship Programm. Im Rahmen des Programmes wird die zusätzliche Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Geflüchteten nach Deutschland ermöglicht, sofern sich eine Gruppe

von mindestens fünf Personen zusammenfindet, die die Geflüchteten für einen begrenzten Zeitraum finanziell und ideell unterstützt.

»Nur Geld spenden ist mir zu wenig. Ich möchte gerne sehen, was ich tue, wo es ankommt«, sagt eine Mentorin über ihre Motivation, sich am Pilotprogramm Neustart im Team (NesT) zu beteiligen. Ein weiterer Ehrenamtlicher begründet sein Engagement in dem



zusätzlichen humanitären Aufnahme-programm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge so:

»Ich habe im Leben sehr viel Glück gehabt. Und jetzt bin ich im letzten Lebensdrittel angelangt und möchte ein bisschen was zurückzahlen an die, die nicht so viel Glück haben«.

OHNMACHT IN ETWAS SINNVOLLES UMWANDELN

Andere im Programm Engagierte möchten die Ohnmacht, die beim Anblick der Situation auf dem Mittelmeer oder jüngst in Griechenland oft empfunden wird, in etwas Sinnvolles umwandeln und ihre oftmals jahrelange Erfahrung in der haupt- und ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit nun dafür nutzen, sich für einen zusätzlichen sicheren Zugangsweg für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge einzusetzen. Denn durch das Engagement von Ehrenamtlichen, sogenannten Mentoring-Gruppen, in Form von ideeller Integrationsunterstützung für ein Jahr sowie der Bereitstellung von Wohnraum für zwei Jahre, werden zusätzliche schutzbedürftige Personen in

Katharina Mayr ist Referentin im Referat Migration und Integration beim Deutschen Caritasverband. Dort ist sie für die Arbeit der Zivilgesellschaftlichen Kontaktstelle (ZKS) im



Pilotprogramm NesT zuständig und begleitet u.a. Mentorinnen und Mentoren, die sich im Rahmen des Programmes engagieren.

Foto: privat

Kontakt: Katharina.Nicola.Mayr@caritas.de



Foto: UNHCR/Aubrey Wade

Deutschland aufgenommen. Wieder andere glauben an den neuen Ansatz von NesT; an die Begegnung und das gemeinsame Engagement auf Augenhöhe zwischen Zivilgesellschaft und Staat.

So vielfältig die Motivation der einzelnen Mentorinnen und Mentoren, so bunt sind auch die Gruppen, die sich bereits im Pilotprogramm engagieren sowie deren Unterstützungsstrukturen. Zwar sind viele Gruppen an kirchliche Strukturen angebunden, doch sind nicht alle Mentorinnen und Mentoren Mitglieder dieser Kirchen. Die Anzahl der Ehrenamtlichen, die selbst eine Migrationsgeschichte haben, nimmt zu. In manchen Gegenden erhalten Mentoring-Gruppen auch große Unterstützung durch Kommunen.

EINREISESTOPP WEGEN CORONA

Das ernsthafte Engagement und die große Motivation der Mentoring-Gruppen macht Mut in diesen Zeiten. Denn auch das Pilotprogramm NesT bleibt, wie so viele andere Lebensbereiche, nicht unberührt vom globalen Pandemiegeschehen. Im März 2020 mussten die humanitären Aufnahmeprogramme des Bundes vorerst ausgesetzt werden. Obwohl Einreisen nach Deutschland mittlerweile für Personen, die internationalen Schutz oder Schutz aus humanitären Gründen benötigen, grundsätzlich wieder möglich sind, können regelmäßige NesT-Einreisen nach wie vor nicht stattfinden.



»Diese Art der Unterstützung ist wirklich etwas ganz Besonderes und eine einmalige und überwältigende Erfahrung für alle Beteiligten.«

Die Geflüchteten, die über NesT nach Deutschland kommen, werden im Rahmen des Resettlement-Verfahrens des Uno-Flüchtlingskommissariats UNHCR ausgewählt. Da die Auswahlprozesse für das Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie noch nicht abgeschlossen werden konnten, standen lange Zeit keine Personen für ein Zusammenbringen mit Mentoring-Gruppen und damit für die Einreise über das Pilotprogramm NesT zur Verfügung.

Trotz dieser Schwierigkeiten in der Pilotphase des Programmes gibt es immer wieder Momente, die Hoffnung schenken. Denn die Bundesregierung hält weiterhin an ihren Zusagen zur Umsetzung humanitärer Aufnahmeprogramme fest. Auch die Einreisen über das Pilotprogramm NesT werden unvermindert fortgeführt, sobald die Umstände dies wieder ermöglichen.

DIE UNTERSTÜTZUNG IST EINE GROSSE HERAUSFORDERUNG

Vereinzelte können trotz des Pandemiegeschehens Einreisen über das Programm NesT verzeichnet werden. Vier geflüchtete Familien aus dem Resettlement-Kontingent 2019 konnten als »Nachzügler_innen« mit Mentoring-Gruppen zusammengebracht werden. Ihre Einreise war 2019 aufgrund verschiedener Umstände nicht möglich gewesen.

Die Gruppen, die trotz der Pandemie Menschen in Deutschland willkommen heißen konnten, äußern sich begeistert. »Diese Art der Unterstützung ist wirklich etwas ganz Besonderes und eine einmalige und überwältigende Erfahrung für alle Beteiligten« sagt eine Mentorin.

Die Begleitung und Unterstützung der Geflüchteten ist – wie viele ehrenamtliche Tätigkeiten in diesen Zeiten – zuweilen eine große Herausforderung. Mit viel Engagement widmen sich die Mentorinnen und Mentoren über digitalen Deutschunterricht, Spaziergänge etc. dennoch den neu eingereisten Geflüchteten.

Dieses große Engagement der Mentorinnen und Mentoren, die das Herzstück des Pilotprogramms von NesT darstellen, verdient großen Respekt. Trotz aller Unsicherheiten und Herausforderungen, denen wir aktuell begegnen, engagieren sie sich weiterhin und verlieren das Ziel, besonders schutzbedürftigen Personen eine sichere Einreise und einen Neustart mit Perspektive in Deutschland zu ermöglichen, nicht aus den Augen. ❖

Sollten Sie Interesse an einem Mentoring im Rahmen des Pilotprogramms NesT haben, melden Sie sich gerne jederzeit bei der Zivilgesellschaftlichen Kontaktstelle (ZKS) unter zks@neustartimteam.de.

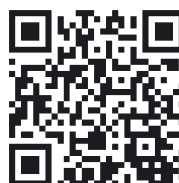
Weitere Informationen zum Pilotprogramm unter www.neustartimteam.de



Weitere Texte zum Thema »Ankommen und bleiben« finden Sie auf unserer Homepage

- Migrationsberatung in Zeiten der Pandemie: Online-Angebote nehmen an Bedeutung zu | Julia Gestrich
- Einbürgerung voranbringen | Johannes Brandstätter

www.interkulturellewoche.de/themen



MENSCHENWÜRDE MIT RABATT: ARBEITEN IM VERSANDHANDEL

Amazon & Co machen in der Corona-Krise gute Geschäfte –
Den Beschäftigten kommt das jedoch nicht zugute

Daniel Weber

Über vier Millionen Pakete werden jährlich in Deutschland verschickt. Das Wachsen des Internethandels und die Pandemie haben diesen seit vielen Jahren wachsenden Trend verstärkt. Jede_r kennt diese Dienstleistung, und die Gesellschaft nutzt sie täglich, nicht erst in der Pandemie. Die Branchenriesen wie Amazon, Otto oder Zalando haben mittlerweile eine Marktmacht erreicht, mit der sie in der Corona-Krise sehr gute Geschäfte machen können. Das sollte auch den Beschäftigten, die fernab von Kund_innen Bestellungen im Akkord bearbeiten, zugutekommen. In der Realität sieht das allerdings anders aus.

Das liegt auch an der Struktur der Betriebe. Die meisten sind tarifvertraglich nicht geregelt, arbeiten viel mit Subunternehmen, Leiharbeit, Saisonarbeit und prekären Selbständigen zusammen. Zudem sind die »Verkaufsfabriken« und »Distributionszentren« oftmals abgeschirmt und bieten wenig Raum für (gewerkschaftliche) Organisation.

Vor allem die Saison- und Leiharbeiter_innen, aber auch viele andere, leiden unter den Kontrollmechanismen und den schlechten Arbeitsbedingungen. In mehreren Studien fand Sabrina Apicella von der Universität Lüneburg heraus, wo genau der Schuh drückt und was die Arbeitnehmenden so weit gebracht hat, dass sie an manchen Standorten streiken – trotz des enormen Drucks und der drohenden Konsequenzen: Es ist zum einen die Sehnsucht nach besseren Arbeitsbedingungen, zum anderen das Vertrauen in die Gewerkschaft. Tatsächlich hält ein befristetes Vertragsverhältnis vom Streik ab.

DIE SCHWIERIGE SITUATION DER ARBEITNEHMENDEN WIRD AUSGENUTZT

Auch im vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales geförderten Projektverbund »Faire Integration« des Netzwerks Integration durch Qualifizierung und im Projekt »Faire Mobilität« sind immer wieder Fälle von Beschäftigten aus dem Versandhandel in der Beratung. Viele Unternehmen und Subunternehmen setzen bewusst auf migrantische Arbeitnehmende und mobile Beschäftigte. Sie nutzen dabei die schwierige Situation dieser Menschen

aus, die oftmals gezwungen sind, zu schlechten Bedingungen zu arbeiten. Sei es aufgrund von Desintegrations- und Diskriminierungserfahrungen in anderen Teilen des Arbeitsmarktes, der schwierigen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissituation oder der prekären Situation in den Herkunfts- und Heimatländern. Die Beratungsstellen berichten über nicht gezahlten Lohn, über unvergütete Bereitschafts- und Wartezeiten, unklare Vertragssituationen, Angst vor dem Jobverlust bei Krankheit und über Druck bis hin zu Einschüchterung.

In manchen Fällen ist auch die Bereitschaft der Arbeitgeber, die Hygieneregeln optimal umzusetzen nicht oder nur mangelhaft gegeben oder die Wohn- und Transportsituation schlecht. Bei Aktionen vor Ort werden Informationsmaterialien verteilt, eine Beratung

Daniel Weber leitet den Bereich Migration und Gleichberechtigung im DGB Bildungswerk Bund. Er ist Volkswirt und verantwortlich für alle Themen rund um Migration/Integration, Vielfalt und Grundbildung.



Foto: KNSY Photographie

Kontakt:
Daniel.Weber@dgb-bildungswerk.de



Foto: shutterstock/Frederic Legrand - COMEO

»Vor allem die Saison- und Leiharbeiter_innen leiden unter den Kontrollmechanismen und den schlechten Arbeitsbedingungen.«

angeboten oder einfach nur ein offenes Ohr. Die individuelle Hilfe, die diese Projekte auch in anderen Sprachen als Deutsch geben, ist für die Betroffenen hilfreich und gibt gleichzeitig Hinweise darauf, was strukturell schief läuft. Es ist für die Betroffenen auch eine Ermunterung sich bei zukünftigem Unrecht individuell und gemeinschaftlich zur Wehr zu setzen.

DER ZUGANG ZU DEN BESCHÄFTIGTEN IST NICHT IMMER GANZ EINFACH

Die Gewerkschaft ver.di hat die Situation schon lange im Blick. Der Zugang zu den Beschäftigten ist allerdings nicht immer ganz einfach. Durch die schwierige Struktur der (Sub-)Unternehmen laufen »klassische« Organizing-Methoden manchmal ins Leere, und es müssen kreativere Ansätze gefunden werden. Erfolge zeigen sich aber an einigen

Stellen. Die Erfolgsfaktoren sind hier die direkte Ansprache, das Herstellen der Streikbereitschaft und die Konkretisierung der Forderungen (wie z.B. die Forderung nach Zuschlägen für die Mehrarbeit während der Pandemie). Die schlechten Strukturen sind aber bislang alles in allem stabil. Zum einen, weil politisch noch nicht die richtigen Stellschrauben gefunden wurden und zum anderen, weil ein Teil der Beschäftigten ein ambivalentes Verhältnis zu den Arbeitgebern hat. Sabrina Apicella sagt dazu im Workshop bei der bundesweiten Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche: »Die temporäre Absicherung, sei es finanziell oder aufenthaltsrechtlich oder die Dankbarkeit für die verschiedenen Sprachoptionen bei Arbeitsgeräten und generelle Offenheit gegenüber migrantischer Beschäftigung lassen den Arbeitgeber Amazon im Vergleich zu anderen immer noch als die relativ beste Wahl dastehen.« Dazu kommt, dass viele Saisonarbeiter_innen gar kein Interesse an

einer langfristigen Beschäftigung haben oder ganz pragmatisch sich mit den Bedingungen abfinden. Auch stellte Apicella in ihrer Studie einen fehlenden Kontakt zur Gewerkschaft fest. Nicht umsonst wirbt einer der Branchenriesen aktuell großflächig mit der Integrationsleistung für Geflüchtete, die das Unternehmen aktuell leiste. Auch einige Kommunen sind froh über die Neuan siedlung der Verteilzentren, verspricht diese doch regionale Arbeitsplätze und Steuereinnahmen.

DIE »KRISENGEWINNER« MÜSSEN IN DIE VERANTWORTUNG GENOMMEN WERDEN

Was also müsste geschehen, damit auch in dieser Branche menschenwürdige Arbeit möglich ist? Wie kann vielleicht sogar die positive Offenheit für migrantische Beschäftigung genutzt werden, um gute Arbeit auch für diese Menschen sicherzustellen?

Nach Meinung von Monika Di Silvestre, die bei ver.di unter anderem als Landesfachbereichsleiterin für den Handel in Rheinland-Pfalz und das Saarland zuständig ist, braucht es eine Kombination aus politischen Lösungen, gewerkschaftlichen Anstrengungen und der Organisation »von unten«. Die »Krisengewinner« müssten in die Verantwortung genommen werden, gute Arbeitsbedingungen sicherzustellen. Dies gelänge nicht allein durch Appelle, sondern auch durch die konsequente Durchsetzung der Regeln. Beispielsweise sind weiterhin nicht überall die Hygieneregeln durchgesetzt und Kolleg_innen stark von Krankheit bedroht. Hier dürften die Kommunen die Augen nicht zudrücken, sondern sollten die gewerkschaftlichen Forderungen nach guter Arbeit im Versandhandel unterstützen. Und nicht zuletzt kann die Interkulturelle Woche den Raum bieten, dieses Thema zu besprechen – im besten Fall mit Betroffenen – und ihm so mehr öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen. ❖

Zum Weiterlesen:

Sabrina Apicella: Das Prinzip Amazon – Über den Wandel der Verkaufsarbeit und Streiks im transnationalen Versandhandel. 240 Seiten, 16.80 Euro, VSA-Verlag 2021. ISBN: 978-3-96488-098-7

Sabrina Apicella, Manuela Bojadžijev, Sina Arnold (Hg.): Berliner Blätter; Heft 78 (2018): »Grounding Logistics Ethnographische Zugriffe auf Logistik, Migration und Mobilität«

www.faire-integration.de | www.faire-mobilität.de

www.verdi.de/themen/geld-tarif/amazon



ANREGUNGEN FÜR GOTTESDIENSTE

OFFENE AUGEN, OFFENE HERZEN

Gedanken zum Motto und Symbol der Interkulturellen Woche

Christoph Stiba

Als Hanna aufwacht, ist es um sie herum noch stockdunkel. Verschwommen nimmt sie die Umrisse ihrer Umgebung wahr. Intuitiv greift sie zu ihrem Handy. Das plötzlich aufleuchtende Display blendet sie. Langsam gewöhnen sich ihre Augen an die Helligkeit. Fünf Uhr. Sie muss noch nicht aufstehen. Doch sie kann kein Auge mehr schließen. In den vergangenen Tagen beschäftigen sie die Nachrichten, die Bilder aus dem Flüchtlingslager Moria, das Elend der Menschen steht ihr vor Augen. Die zerstörten Unterkünfte, die Verzweiflung im Blick der Menschen und die Tatsache, dass niemand sie aufnehmen will. Wie schlimm muss es für sie sein, dass anscheinend viele ihr Kommen als Bedrohung sehen?

Doch geschlossene Grenzen sind nur eines von vielen bedrückenden Themen: Corona-Pandemie, Kontaktreduzierungen, Einsamkeit, Existenzängste, die Klimakatastrophe und die vielen anderen globalen und lokalen Herausforderungen.



Christoph Stiba ist
Präsident der Vereinigung
Evangelischer
Freikirchen (VEF)
Foto: Helge Eisenberg

Kontakt: praesident@vef.de

Das kann einem, wie Hanna, den Schlaf rauben. Wie viel einfacher erscheint es da, die Augen zu schließen und einen Moment – oder lieber noch länger – die Realität um sich herum zu vergessen.

Das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche #offengeht weist allerdings eine andere Richtung. Es lädt ein, wie Hanna die Augen offen zu halten, dem Wegschauen etwas entgegenzusetzen, sich betreffen zu lassen, Menschlichkeit zu zeigen, auch wenn es unbequem und mitunter auch belastend ist.

Offene Augen,

offene Herzen, offene Grenzen und offene Türen – dazu lädt dieses Motto, dazu lädt die Interkulturelle Woche ein. Wer seine Augen öffnet, kann seine Umwelt wahrnehmen und erleben. Unsere Augen sind Fenster zur Welt. So ist auch das Logo der Interkulturellen Woche gestaltet: ein Auge mit bunter Iris. Rot, grün, hell- und dunkelblau, gelb, orange und lila gefächert. Vielfarbig. Vielfältig.

Wer einer anderen Person ins Auge blickt, sieht Reaktionen und Emotionen. Ein Auge kann Werte und Einstellungen offenbaren, und die Augen prägen ein Gesicht



und dessen Ausdruck. Unser eigener Blick ist dagegen für uns selbst oft viel schwieriger zu fassen. Eine Blickrichtung gibt die Jahreslosung aus Lukas 6,36 vor: »Seid barmherzig, so wie euer Vater barmherzig ist.« Und weiter heißt es, dass wir andere nicht verurteilen sollen. Stattdessen sind wir gesandt, barmherzig zu sein und uns unseren Mitmenschen freundlich zuzuwenden. Denn im Spiegel unserer Mitmenschen, im Handeln gegenüber unseren Nächsten offenbaren sich unser Blick und unsere Einstellung. Im Auge unserer Mitmenschen spiegelt sich, was wir alleine nicht erkennen: Barmherzigkeit, Nächstenliebe und Solidarität – oder ihr Fehlen.

Wer seinen Blick auf Gott ausrichtet und seine Umwelt in seinem Licht betrachtet, erkennt Farben und Schattie-

rungen und nicht nur Schwarz und Weiß. Gott hat diese Welt bunt und vielfältig geschaffen. Egal, wie wir das sehen mögen, sind der Wert und die Würde jedes einzelnen Menschen von Gott geschenkt und unantastbar. In Gottes Augen sind wir alle geliebt und gewollt. Jede und jeder Einzelne ist einmalig geschaffen: individuell, und aus dieser Individualität entstehen auch unterschiedliche Ansichten. Ob es sich um Migration, den Schutz der Umwelt oder die Corona-Maßnahmen handelt, lasst uns bereitwillig ins Gespräch kommen und diskutieren. Denn jede Ansicht, die die Würde des anderen anerkennt, hat ihren Platz im Farbspektrum einer offenen Vielfaltsgesellschaft.

In dieser Zeit der Corona-Pandemie leben wir eingeschränkt, und Offenheit erscheint schwerer denn je. Offen sein

in Zeiten, in denen sich der Großteil des Lebens zuhause abspielt – kann das gehen? Ja, wir können offen sein im Herzen und im Geist, offen sein für Begegnungen im digitalen Raum und dann auch bestimmt bald wieder analog, für neu Dazukommende, für neue Erfahrungen, neue Perspektiven. Offenheit ist ein Blickwinkel, der Farben und Vielfalt sieht. So hat Gott es gewollt.

Deswegen lasst uns aufstehen und der Vielfalt des Lebens, der Kulturen und Religionen mit offenen Augen und Herzen begegnen. Lasst uns unsere Nächsten barmherzig in den Blick nehmen. Denn bei all den Nachrichten und dem Elend, die einem den Schlaf rauben können, haben wir doch Hoffnung. Denn Gott geht mit uns und #offengeht! ❖

VIELSTIMMIGKEIT UND VIELFALT SIND KEINE STRAFE ...

... sondern Gottes Plan für seine Welt und seine Menschen –
Predigtmeditation über Gen 11, 1-9

Kathrin Oxen

Alle Bewohner der Erde aber hatten eine Sprache und ein und dieselben Worte. Als sie nun von Osten aufbrachen, fanden sie eine Ebene im Land Schinar und ließen sich dort nieder. Und sie sagten zueinander:

Auf, wir wollen Ziegel formen und sie hart brennen. So diene ihnen der Ziegel als Baustein, und der Asphalt diene ihnen als Mörtel. Und sie sagten: Auf, wir wollen eine Stadt bauen und einen Turm, dessen Spitze bis an den Himmel reicht, und uns so einen Namen machen, damit wir uns nicht über die ganze Erde zerstreuen.

Da stieg der HERR herab, um die Stadt zu besehen und den Turm, die die Menschen bauten. Und der HERR sprach: Sieh, alle sind ein Volk und haben eine Sprache. Und dies ist erst der Anfang ihres Tuns. Nun wird ihnen nichts mehr unmöglich sein, was immer sie sich zu tun vornehmen.

Auf, lasst uns hinabsteigen und dort ihre Sprache verwirren, dass keiner mehr die Sprache des andern versteht. Und der HERR zerstreute sie von dort über die ganze Erde, und sie ließen davon ab, die Stadt zu bauen. Darum nannte man sie Babel, denn dort hat der Herr die Sprache aller Bewohner der Erde verwirrt, und von dort hat der HERR sie über die ganze Erde zerstreut.

Vielheit ist eine Strafe. So haben wir das gelernt, im Kindergottesdienst, im Konfirmandenunterricht und auch mal in der Schule, wenn im Kunstunterricht Pieter Brueghel mit einem der bekanntesten seiner bekannten Bilder an der Reihe war. Die Geschichte vom Turmbau zu Babel, sie reiht sich ein in die Geschichten vom Versagen und Scheitern des Menschen, die die Bibel gleich am Anfang erzählt. Der Sündenfall, die Vertreibung aus dem Paradies, dann der erste Mord unter Menschenbrüdern, die merkwürdige Geschichte von den Gottessöhnen und Menschentöchtern, die die »Riesen auf Erden« und die »hochberühmten Helden« hervorbrin-



gen und natürlich die Geschichte von der Sintflut.

Die Geschichte vom Turmbau zu Babel ist eines der Bilder vom Anfang – und doch ein Bild jenseits von Eden. Die Sintflut, das ganz große Abwaschen, dem nur Noah und seine Familie entronnen sind, liegt hinter der Menschheit. Und kaum haben sie sich etwas berappelt und wieder vermehrt, blicken sie sich um in der weiten Ebene im heutigen Irak, in der eigentlich gar nichts ist und tun dort, was nur Menschen können, die Kopf und Hände haben und beides einzusetzen wissen: aus nichts etwas machen und noch aus Dreck etwas bauen.

DER EINZELNE MENSCH IST EIGENTLICH NICHTS IN BABEL

Aber die Sprache, die Worte, die alle verstehen, sie dient hier nicht dem gegenseitigen Verstehen und nicht dem Austausch. Wozu sind die Worte auf der Welt? Doch wohl, damit die Menschen sich verstehen, offen aufeinander zugehen. Aber die Sprache Babels ist eine Sprache, in der Absprachen getroffen, Anweisungen gegeben und Befehle erteilt werden. Graben, streichen, brennen, schleppen und bauen, planen und ausführen, anordnen und gehorchen, keine Fragen stellen, weil es doch reicht, dass einige wissen, wo es lang geht. Und langsam nimmt sie Gestalt an, die Stadt, mit den breiten Straßen für die großen Aufzüge, mit Plätzen, auf denen sich gefühlt das ganze Volk versammeln kann, mit Sichtachsen und den monumentalen Gebäuden, vor denen sich einzelne Menschen nur klein und unbedeutend vorkommen können. Ein Turm, der in den Himmel reicht. Es schwindelt dich, wenn du zu seiner



Spitze hinaufsiehst und von oben erscheinen sie ameisenleich, die Menschen zu seinen Füßen. Denn mehr bist du nicht, in dieser Stadt. Du bist eigentlich nichts, wie du da gräbst und baust und schleppst und gehorchst für das große Ganze.

Und dann tritt genau das ein, was sie befürchtet haben. Am Ende können sie sich nicht mehr verstehen. Sie sprechen unterschiedliche Sprachen, sie können keine Absprachen mehr treffen und keine Anweisungen mehr geben und gehen frustriert vom diesem Ort weg, der zum Symbol ihres Hochmuts und ihres Scheiterns geworden ist. Da steht er nun, der Turm, halbfertig. Einer hat es ihnen gezeigt, diesen Menschlein, die so hoch hinauswollten. Gott hat es ihnen gezeigt. Gott ist einer, der es den Menschen zeigt, wenn sie zu hoch hinauswollen. Ein Gott, der Menschen klein macht? Und Vielfalt als Strafe?

Es ist fragwürdig, was wir gelernt haben, im Kindergottesdienst und Konfirmandenunterricht und in der Schule.

VIELFALT ALS STRAFE? EIN MISSVERSTÄNDNIS!

»Wenige Erzählungen sind so völlig missverstanden worden wie diese«, schreibt Benno Jacob in seinem Kommentar zu dieser Geschichte. Lasst uns aufräumen, lasst uns Stein für Stein von den Trümmern dieses Turmes aufheben und abklopfen, sorgfältig und genau.

Die Worte sind auf der Welt und Menschen verstehen sich. So soll es sein. Aber schon fängt es an, dass die einen ganz genau wissen, was gut ist für die anderen und alle das Gleiche wünschen und wollen und tun sollen. Die Worte sind in der Welt, es ist die Sprache

»Wenige Erzählungen sind so völlig missverstanden worden wie diese.«

Babels, es ist eine Geschichte eines Anfangs, eine Geschichte, in der es irgendwie in die falsche Richtung geht. Und wie gut, dass einer eingreift und sagt »So nicht«. Wie gut, dass es nicht weitergeht mit dieser Stadt, dass sie aufhören müssen und weggehen. Wie gut, dass sie dort nicht bleiben können.

Gott will die Menschen nicht eingemauert sehen in der einen Stadt unter dem einen Turm, ängstlich und geduckt mit dem Blick nach oben zu denen, die ihnen sagen, wo es langgeht. Die mühsame ameisenartige Arbeit der vielen Menschen, die graben, streichen, brennen, tragen und bauen müssen – und dort ein Gott, dem ein einziges Tätigkeitswort genügt. Eine Sklaverei, in die sich Menschen diesmal noch aus freien

Stücken begeben haben. Später, in Ägypten, werden sie wieder Ziegel streichen und brennen, die das Zeichen des Pharao, des fremden Herrschers tragen.

Der Blick auf den Ziegelstein ist ein Blick in die Zukunft, in die sich Menschen begeben, wenn sie anfangen, sich einzumauern: »Die Erzählung ist ... die Verurteilung eines extremen Zentralismus, dessen letzte Konsequenz eine einzige Welt-Stadt mit einem möglichst hohen Wolkenkratzer als Symbol der Konzentration ist, eines Herdensinnes, der sich nur in der Masse und Zusammendrängung geborgen fühlt und das Endziel darin sieht, die gesamte Menschheit unter einen Turm zu bringen« (Benno Jacob, 302). Der jüdische Exeget Jacob hatte bei Erscheinen seines Kommentars im Jahr 1934 den Beginn eines neuen Großreiches schon vor Augen.

VIELSTIMMIGKEIT UND VIELFALT STATT EINTÖNIGKEIT UND EINHEITLICHKEIT

Aber Gottes Plan kommt da zum Ziel, wo Menschen sich auf den Weg machen in das Land, das er ihnen zeigen will, wo sie zu großen Völkern werden und die Fülle seines Segens auf der ganzen Welt verteilen. Gleich nach dem Kapitel vom Turmbau kommt das Kapitel vom Aufbruch Abrahams in ein neues Land, des Abrahams, auf den sich gleich mehrere Religionen berufen. Vielstimmigkeit und Vielfalt sind keine Strafe, sondern Gottes Plan für seine Welt und seine Menschen. Die Worte sind auf der Welt und die Menschen haben sich zerstreut über die ganze Welt, sind in die Fremde gezogen und dort zu Fremden geworden und wieder heimisch. Eine

Geschichte vom Anfang, heute neu gehört. Die Pläne der Menschen, die graben und bauen und brennen und tragen in Babel, sie stimmen offenbar nicht überein mit dem Plan des großen Baumeisters.

Die Worte sind auf der Welt und Menschen verstehen sich. Auch die Geschichte vom Anfang der christlichen Kirche erzählt später davon. Es kam über sie an Pfingsten und sie verstanden einander, aber es war nicht mehr die Sprache Babels, die da gesprochen wurde, sondern die Muttersprache der Parther und Meder und Elamiter und derer, die wohnen in Mesopotamien und Judäa, Kappadozien, Pontus und der Provinz Asien, Phrygien und Pamphylien, Ägypten und der Gegend von Kyrene in Libyen und der Einwanderer aus Rom, Juden und Judengenossen, Kreter und Araber. Die Muttersprachen all der Fremden und Gäste und Migranten und Einwanderer. Vielstimmigkeit und Vielfalt statt Eintönigkeit und Einheitlichkeit, Offenheit füreinander und ein Geist der Vielfalt und Lebendigkeit.

So war die Kirche an ihrem Anfang und so soll sie heute sein, in all den Städten und Dörfern, den Ländern und Kontinenten der einen Welt, die Gott gemacht hat.

Die Worte sind in der Welt und Menschen verstehen einander. Und zu unserem Glück sprechen wir nicht mehr die Sprache Babels, sondern haben verschiedene Muttersprachen, auch im Glauben. Lasst uns offen füreinander sein, wenn wir uns begegnen.

Amen ❖

Kathrin Oxen ist seit 2018 Pfarrerin der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche in Berlin. Zuvor leitete sie das Zentrum für ev. Gottesdienst- und Predigtkultur (ZfGP) der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in der Lutherstadt Wittenberg. Sie erhielt mehrere Predigt-Preise und bildet ehrenamtlich Predigende aus. Beim Deutschlandfunk



Kultur und beim RBB spricht sie Rundfunkandachten, seit 2019 ist sie außerdem Moderatorin des Reformierten Bundes.

Foto: privat

Kontakt: oxen@gedaechtniskirche-berlin.de



Interkulturelle Woche 2021

LITURGISCHE TEXTE

KYRIE

Wir bekennen vor dir,
unserem himmlischen Vater,
wo wir gesündigt haben
in Gedanken, Worten und Werken.
Wir bekennen, dass wir abschätzig über Menschen
gedacht haben,
die anders leben oder anders glauben als wir.
Wir bekennen, dass wir uns mit Worten und Taten
von ihnen abgegrenzt haben,
dass wir geschwiegen haben,
wo Intoleranz herrscht.
Darum kommen wir zu dir
und bitten dich im Namen Jesu um Vergebung.

EINGANGSGEBET

Komm, du Geist der Wahrheit
und kehre bei uns ein.
Wecke unsere Herzen auf
und lass uns auf das Wort der Wahrheit hören,
wo es uns in den Stimmen derer begegnet,
die anders leben oder anders glauben als wir.

FÜRBITTEN

Barmherziger Gott,
dein Geist schenkt uns Verständigung über alle Grenzen
hinaus.
Mit ihm fängt die neue Welt an,
die du uns verheißen hast.
Lass uns deinem Geist vertrauen und lass uns von ihm
begeistern.

Zeige uns durch deinen Geist,
wie die Völker in einer globalisierten Welt
zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen können,
dass nicht gegenseitiges Misstrauen das Miteinander prägt,
sondern der Wille nach echter Verständigung.

Zeige uns durch deinen Geist
wie die weltweite Ökumene immer wieder neu gelingen kann.
Lass uns die Vielfalt der Kirchen, Konfessionen und
Religionen
nicht als Bedrohung unseres Glaubens verstehen,
sondern als Reichtum und Quelle der Inspiration.

Zeige uns durch deinen Geist
eine neue Sprache, die Fremde willkommen heißt,
die das Andere neidlos loben kann,
die nicht verletzt, aber doch bei der Wahrheit bleibt
und Kritik nicht unterschlägt.

Erfülle uns durch deinen Geist
mit mutiger Liebe, dass wir denen unsere Stimme leihen,
die unter Intoleranz leiden,
die ausgegrenzt und kleingeredet werden.

Kathrin Oxen



Weitere Bausteine für Gottesdienste im Rahmen
der Interkulturellen Woche finden Sie hier:

www.interkulturellewoche.de/goodpractice



Predigten und liturgische Texte zu den Themen
»Flucht« und »Migration«, Anregungen für interkulturelle Gottesdienste,
mehrsprachiges Material und nützliche Links wurden von der Arbeits-
gruppe »Gottesdienst und Migration« der Liturgischen Konferenz der
Evangelischen Kirche in Deutschland zusammengestellt:

www.ekd.de/gottesdienst-materialien-migration-35304.htm



LA PORTE

Ouvrez-nous donc cette porte et nous verrons les vergers,
 Nous boirons leur eau froide où la lune a mis sa trace.
 La longue route brûle ennemie aux étrangers.
 Nous errons sans savoir et ne trouvons nulle place.

Nous voulons voir des fleurs. Ici la soif est sur nous.
 Attendant et souffrant, nous voici devant la porte.
 S'il le faut nous romprons cette porte avec nos coups.
 Nous pressons et poussons, mais la barrière est trop forte.

Il faut languir, attendre et regarder vainement.
 Nous regardons la porte; elle est close, inébranlable.
 Nous y fixons nos yeux; nous pleurons sous le tourment;
 Nous la voyons toujours, le poids du temps nous accable.

La porte est devant nous; que nous sert-il de vouloir?
 Il vaut mieux s'en aller abandonnant l'espérance.
 Nous n'entrerons jamais. Nous sommes las de la voir.
 La porte en s'ouvrant laissa passer tant de silence.

Que ni les vergers ne sont parus ni nulle fleur;
 Seul l'espace immense où sont le vide et la lumière
 Fut soudain présent de part en part, combla le coeur,
 Et lava les yeux presque aveugles sous la poussière.

Öffnet uns doch die Pforte, und wir werden die Gärten sehen,
 wir werden das kühle Wasser trinken, wo der Mond seine
 Spur hinterließ.

Die lange Straße brennt feindlich dem Fremden.
 Wir irren und wissen nicht wo und finden keinen Ort.

Wir wollen Blumen sehen. Hier ist der Durst auf uns.
 Wartend und leidend, seht uns, hier vor der Pforte.
 Wenn es sein muss, werden wir diese Pforte mit unseren
 Schlägen zertrümmern.

Wir drücken und stoßen, aber das Hindernis ist zu stark.

Man muss schmachten, warten und vergeblich schauen.
 Wir schauen die Pforte; sie ist verschlossen, nicht zu erschüttern.
 Wir heften unsere Augen darauf; wir weinen unter Qualen;
 Wir sehen sie immerzu; die Last der Zeiten drückt uns nieder.

Die Pforte ist vor uns, was nützt es uns zu wollen?
 Besser, wir gehen davon, lassen jede Hoffnung fahren.
 Wir werden niemals eintreten. Wir sind des Schauens müde ...
 Auf tat sich die Pforte und ließ so viel Schweigen hindurch.

Dass keine Gärten erschienen und keine Blume;
 Nur unermesslich der Raum, in dem die Leere und das Licht
 sind,
 War plötzlich anwesend allenthalben, erfüllte das Herz,
 Und wusch die Augen, die erblindeten fast unter dem Staub.

Simone Weil

FENSTER

In schlechten Nächten hat es mich getröstet, an das Fenster
 zu gehen und gegenüber im Hochhaus erleuchtete Fenster
 zu sehen. Ich hebe meine Augen auf zu den Bergen. Links
 oben, im siebten Stock. Im dritten, nahe am Treppenhaus,
 die Zimmerdecke getaucht in warmes Licht. Hier wacht noch
 jemand, ein Stück weniger Einsamkeit. Wie sehr erst, wenn
 jemand mit mir, für mich wach ist. Der dich behütet, schläft
 nicht. Ewig wach, das kann kein Mensch sein. Vollkommene
 Präsenz, ungetrübte Klarheit. Mir zugewandt. Wo schaue
 ich hin, wenn ich Hilfe brauche? Wie spüre ich, dass meine
 Hilfe kommt, von woandersher? Jetzt ist sie da, unermüdlich,
 reine Gegenwart.

Tobias Specker SJ

IMPULS

»Oh Herr! Erhelle meine Nacht! O lass mich wie der Tag die
 dunkle Nacht besiegen! Finster scheint meine Nacht und ohne
 Hoffnung auf Morgen. Du aber mach mein Antlitz sonnen-
 hell!«

»Herr, dessen hellstrahlendes Angesicht über allen Dingen
 leuchtet, schaue auf deinen demütigen Diener und sieh auf
 meine Mühsal. Befreie mich aus all meinen Ängsten, wie Du
 es für richtig hältst und weißt, dass es mir nützt.«

Zwei Gebete, eines aus dem Zisterzienserkloster, das andere
 von dem islamischen Mystiker Nizâmî. Welches ist welches?
 Gar nicht so leicht zu sagen. Das heißt nicht, dass in der Not
 Christen und Muslime einfach gleich sind. Aber wir stehen
 gemeinsam vor dem einen Gott. Heute möchten wir, ein
 Muslim und ein Christ, die jeweils Anderen in unser Gebet
 einschließen.

Tuncay Dinckal und Tobias Specker SJ



»WIR WOLLTEN DIE PANDEMIE ALS CHANCE BEGREIFEN«

Im Hochtaunuskreis fand die Interkulturelle Woche 2020 weitgehend digital statt

RE
mit und nach
Wie wollen

Steffen Blatt

Seit 2017 veranstaltet der Hochtaunuskreis in Hessen eine Interkulturelle Woche. Das Format hat sich schnell etabliert, zuletzt standen 40 bis 50 Veranstaltungen in verschiedenen Orten im Kreis auf dem Programm. Als sich die Steuerungsgruppe im Februar 2020 zu einem ersten Planungsgespräch traf, dachten alle, es würde alles wie immer laufen. Für Ende März wurde das übliche Info-Treffen für potenzielle Veranstalter*innen geplant. Dann kam Corona und es wurde klar, dass nichts wie immer laufen würde. Wie der Hochtaunuskreis dann doch eine Interkulturelle Woche auf die Beine stellte, darüber spricht Annette Goy, die Fachbereichsleiterin Integration, im Interview.

Sie haben in der Steuerungsgruppe entschieden, die IKW im Hochtaunuskreis weitgehend ohne Präsenzveranstaltungen zu organisieren.

Wie kam es dazu?

Gemeinsam mit vielen Beteiligten haben wir in den vergangenen Jahren vielfältige Begegnungsfeste in der IKW veranstaltet. Solche Planungen brauchen Vorlauf. Im ersten Lockdown im Frühjahr 2020 war uns schon klar, dass das in diesem Jahr nicht möglich sein wird. Es konnten keine Verpflichtungen wie Künstlerverträge, Mietverträge für Räumlichkeiten oder ähnliches eingegangen werden. So haben wir uns darauf konzentriert, Alternativen zu finden.

Das war in Ihrem Fall ein Kreativwettbewerb, bei dem die Teilnehmenden Beiträge aller Art einreichen konnten.

Wie kamen Sie auf diese Idee?

Die Steuerungsgruppe, in der sowohl freie Träger als auch einige Kommunen vertreten sind, hat im Frühjahr getagt. Gemeinsam haben wir überlegt, wie wir die IKW auch in einem Lockdown mit Leben füllen können. Bisher hat die IKW im Hochtaunuskreis immer von Begegnungen zwischen den Kulturen gelebt. Wir stellten uns die Frage, wie kann man die Menschen erreichen, ohne persönliche Treffen? So kamen wir auf den Kreativwettbewerb mit dem Titel »Restart – wie wollen wir mit und nach der Pandemie leben«. Damit woll-

ten wir die Pandemie als Chance begreifen und uns fragen, was wir daraus mitnehmen können.

Wie war die Resonanz und wie fällt Ihre Bilanz der Aktion aus?

Durch eine breite sichtbare Werbung in den Kommunen des Hochtaunuskreises, über die Presse und vor allem über die Sozialen Medien haben wir die IKW in Erinnerung gebracht. Unser Wettbewerb hat viele Menschen motiviert, Beiträge einzureichen – Alte und Junge, Einzelpersonen und Gruppen haben mitgemacht. Es gab gemalte Bilder, Bastelarbeiten, Zeichnungen, Filme, Gedichte und Geschichten. Wir waren selbst überrascht über das große Engagement der Teilnehmenden, denn für uns war dieses Format ein Sprung ins kalte Wasser.

Konnten Sie mit dem Wettbewerb auch neue Zielgruppen ansprechen?

Das hat uns besonders gefreut. Wir haben mit dem Kreativ-Wettbewerb andere Menschen erreicht. In der Vergangenheit waren es klassisch die Flüchtlingskreise oder die Sozialträger, die sich an der IKW beteiligt haben. 2020 haben wir viele Beiträge von Privatpersonen – vor allem von Jugendlichen – erhalten, die sich erstmalig mit dem Thema befasst haben. Viele haben Interesse, sich auch weiter an der IKW zu beteiligen.



KREATIV WETTBEWERB START

der Pandemie: wir zukünftig (zusammen) leben?



Sie haben mit einem sehr schönen Videoclip für den Wettbewerb gewonnen. Wie haben Sie das umgesetzt?

Für uns als Steuerungsgruppe war es wichtig, eine breit aufgestellte Werbekampagne zur IKW zu starten. Neben den klassischen Pressemitteilungen und den Plakaten war der Videoclip eine Premiere. Wir haben uns eine eigene Choreographie ausgedacht, einen Hobbyfilmer engagiert und auf dem großen Feldberg im Taunus bei herrlichem Sonnenschein die Filmaufnahmen gemacht. Das hat riesigen Spaß gemacht. Den Clip haben wir dann über die sozialen Medien verbreitet. Besonders gefreut hat uns die kostenlose Platzierung des Films im Autokino in Bad Homburg. Für unser kleines Budget haben wir so auf wunderbare Weise unsere Botschaft weit streuen können.

Werden (oder sollten) digitale Formate in Zukunft eine größere Rolle in der IKW spielen?

Vor allem auf die Sozialen Medien Facebook und Instagram wollen wir nicht mehr verzichten. Dort haben wir

Die Organisierenden im Hochtaunuskreis veranstalteten einen digitalen Kreativwettbewerb, der mit einem Video beworben wurde. Die Resonanz war unerwartet groß.

Fotos: Hochtaunuskreis

eine breite Öffentlichkeit und insbesondere jüngere Menschen erreicht. Wir konnten aktuelle Informationen teilen, für das Thema sensibilisieren, und beispielsweise auch die eingereichten Beiträge zu unserem Kreativwettbewerb vorstellen. Diese Chance werden wir auch in diesem Jahr wieder nutzen.

Gab es zu Beginn der Pandemie die Überlegung, die IKW ganz ausfallen zu lassen?

Das war für uns keine Option. Durch die vielen Veranstaltungen in den vergangenen Jahren hat sich eine gewisse Dynamik entwickelt. Die Bereitschaft der unterschiedlichen Gruppierungen im gesamten Hochtaunuskreis, sich an der IKW zu beteiligen, war immer sehr groß. Diese Dynamik wollten wir nicht verlieren. Wir wollten nicht pausieren, um dann wieder komplett neu anfangen zu müssen.

Was planen Sie für die Interkulturelle Woche 2021?

Wir hoffen natürlich, dass im September wieder Begegnungsfeste stattfinden können. Das ist auch weiterhin der Kern der IKW im Hochtaunuskreis. Wir werden uns in der Steuerungsgruppe zunächst wieder digital treffen, um in die Planung einzusteigen – und dann sehen, was uns gemeinsam einfällt. ❖



EIN FESTJAHR WILL JÜDISCHES LEBEN SICHTBAR MACHEN

Seit mindestens 1700 Jahren leben Jüdinnen und Juden auf dem Gebiet des heutigen Deutschland – das wird 2021 gefeiert



Sylvia Löhrmann

In diesem Jahr feiern Juden und Nicht-Juden bundesweit ein gemeinsames Festjahr: Dass das Judentum Europa maßgeblich geprägt hat und auch für Deutschland konstitutiv war, dass Jüdinnen und Juden seit mindestens 1700 Jahren auf dem Gebiet des heutigen Deutschland leben – das wird in diesem Jahr gewürdigt. 2021 soll jedoch nicht nur in die Vergangenheit geschaut, sondern vor allem der Blick auf die Gegenwart gerichtet werden.

Jüdisches Leben sichtbar und erlebbar machen: Das ist das Ziel des deutsch-jüdischen Festjahres #2021JLID, das mit rund 1000 Veranstaltungen bundesweit begangen wird. »Jüdinnen und Juden sind Teil unseres gemeinsamen Wir«, betonte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Eröffnung. »Die Bundesrepublik Deutschland ist nur vollkommen bei sich, wenn Juden sich hier vollkommen zu Hause fühlen«, so der Schirmherr beim Auftakt des Festjahres am 21. Februar 2021 in Köln. Denn in der Domstadt befindet sich nachweislich die älteste jüdische Gemeinde in Mittel- und Nordeuropa. Das dokumentiert ein Edikt aus dem Jahr 321, das der römische Kaiser Konstantin nach einer entsprechenden Anfrage aus Köln erließ, um auch Juden die Übernahme von Ämtern in der Stadtverwaltung zu gestatten.

Um das Festjahr vorzubereiten, wurde im April 2018 der Verein »321-2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« gegründet – unter anderem von Abraham Lehrer, Vize-Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, dem ehemaligen nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Prof. Dr. Jürgen Rüttgers sowie Dr. Matthias Schreiber, Kirchen- und Religionsbeauftragter beim nordrhein-westfälischen Landtag. Als Generalsekretärin des Vereins, der die Erinnerungskultur schon lange ein Herzensanliegen ist, berührt mich besonders, dass unser Land erstmals ein Festjahr begeht, an dem sich jüdische wie nicht-jüdische Vereine, Verbände, Gemeinden und Institutionen gemeinsam und in vielfältiger Weise beteiligen.

GRÖSSTES LAUBHÜTTENFEST DER WELT IM SEPTEMBER

Die Interreligiosität spiegelt sich auch im Team der Kölner Geschäftsstelle wider, die von Andrei Kovacs als Hauptgeschäftsführer des Vereins und Mitglied der Synagogengemeinde Köln geleitet wird. Hier wurden Hunderte Förderanträge bundesweiter Veranstalter*innen eingereicht, deren Ausgestaltung vom Bundesinnenministerium großzügig unterstützt wird.

Hinzu kommen zahlreiche Projekte finanziell eigenständiger Kooperationspartner*innen wie Volkshochschulen, Landeszentralen für politische Bildung oder Stiftungen. Der Verein selbst organisiert das bundesweite Kultur- und Begegnungsfestival »Mentsh!« im Sommer sowie das weltweit größte

Laubhüttenfest Sukkot XXL vom 20. bis 27. September, zu dem jüdische Gemeinden in ganz Deutschland einladen. Unmittelbar daran schließt sich die Interkulturelle Woche an, sodass es sicher viele Synergieeffekte geben wird!

Bereits am 11. Februar wurde die vom Kölner Designer Detlef Behr gestaltete Sonderbriefmarke »Chai – 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland« vom Bundesfinanzministerium und dem Verein im Beisein des Bundesbeauftragten gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben, Dr. Felix Klein, im Düsseldorfer Landtag vorgestellt. Niederschwellig kann so jeder zum/zur Botschafter*in des Festjahres werden, indem man einfach das kleinste Werbeplakat – das 80-Cent-Postwertzeichen »Chai – auf das Leben!« – auf einen Brief klebt und verschickt. Denn jüdisches LEBEN steht im Mittelpunkt des Festjahres.

JÜDINNEN UND JUDEN WOLLEN NICHT AUF DIE OPFERROLLE REDUZIERT WERDEN

Vielfach wird über Jüdinnen und Juden nur als Opfer gesprochen und nicht als lebendiger Teil unserer Geschichte und heutigen Gesellschaft. Natürlich bleibt es weiterhin unsere Verantwortung, der Shoah, dem größten Zivilisationsbruch der Menschheit, als Mahnung und Auf-

Die Sonderbriefmarke »Chai – Auf das Leben!« (oben) wirbt auf vielen Briefumschlägen für das Festjahr.

Foto: © Design: Detlef Behr

Die »Schalömchen«-Bahn (rechts) macht im Kölner Schienennetz auf das Festjahr aufmerksam.

Foto: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.



»Jüdinnen und Juden sollten in Deutschland als LEBENDE und nicht als ÜBERlebende wahrgenommen werden.«

trag zu gedenken. Dazu gehört aber auch die Begegnung mit dem heutigen Judentum. Auch unser Leitender Geschäftsführer wünscht sich eine erweiterte Perspektive: »Jüdinnen und Juden sollten in Deutschland als LEBENDE und nicht als ÜBERlebende wahrgenommen werden«, sagt Andrei Kovacs, der weiß, dass vor allem die jungen Jüdinnen und Juden nicht mehr auf die Opferrolle reduziert werden wollen.

Deshalb gibt ihnen das Festjahr eine Stimme. Auf der vereinseigenen Homepage www.2021JLID.de wurde etwa der Podcast, in dem die jüdischen Journalist*innen Shelly Kupferberg, Mirna Funk und Miron Tenenberg wöchentlich wechselnd interessante jüdische Zeitgenossen interviewen, bislang rund 12.000 mal im In- und Ausland gestreamt. Auch unser Newsletter hat bereits Tausende Abonnenten, und um schon Kindern jüdisches Leben nahezubringen, erklärt das Puppentheater »Bubales« jüdische Feiertage. Ebenfalls

sehenswert: In der Clip-Ausstellung »Jewersity« beschreiben junge Frauen und Männer, was ihr »Jüdischsein« ausmacht.

HASS UND HETZE HABEN HOCHKONJUNKTUR

Zudem will das Festjahr #2021JLID ein Zeichen gegen den erstarkenden Antisemitismus setzen. Denn wenn Deutschland 1700 Jahre jüdisches Leben würdigt, tut es das in einer Zeit, in der Hass und Hetze Hochkonjunktur haben. Er erlebe eine »Explosion des Antisemitismus in Europa und vor allem in Deutschland«, sagt Abraham Lehrer, der Vorsitzende unserer Mitgliederversammlung. Das Jahr 2020 hat einen neuen Höchststand an judenfeindlichen Angriffen zu verzeichnen: Insgesamt 2275 Straftaten mit antisemitischem Hintergrund wurden bei der Polizei aktenkundig. Hatespeech und Shitstorms im Netz seien für Juden traurige Normalität, so der Vizepräsident des Zentralrats. »Es sind nicht *mehr* Menschen zu Antisemiten geworden. Es ist heute aber viel einfacher, die Grenzen auszutesten.«

1969 schrieb Theodor W. Adorno den berühmten Satz: »Der Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden.« Gerade in diesen Tagen, in denen Verschwörungsmaythen unter Corona-Leugnern

Sylvia Löhrmann war von 2010 bis 2017 Schulministerin und stellvertretende Ministerpräsidentin in Nordrhein-Westfalen. Seit Januar 2020 ist sie Generalsekretärin des Vereins »321-2021 – 1700 Jahre jüdisches



Leben in Deutschland«. Andrei Kovacs ist leitender Geschäftsführer des Vereins.

Foto: © 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e.V.

Kontakt: presse@2021JLID.de

Info: www.2021JLID.de

und Impfgegnern wieder Hochkonjunktur haben, ist es umso wichtiger, den Gerüchten über »die Juden« etwas entgegenzusetzen. Eine Antwort darauf möchte das Festjahr #2021JLID geben – mit Konzerten, Lesungen, Schulprojekten, Ausstellungen und Podiumsdiskussionen. Denn wer miteinander redet, isst, trinkt und feiert, begegnet einander und lernt sich kennen – im günstigsten Fall auch schätzen. Seien Sie dabei, bringen Sie sich vor Ort ein, machen Sie #2021JLID auch zu IHREM Festjahr! Damit aus den Lehren der Vergangenheit eine Gegenwart gestaltet werden kann, die eine lebenswerte Zukunft für alle Menschen in Deutschland ermöglicht. ❖



PROJEKT: MEET A JEW!

Das Projekt »Meet a Jew« koordiniert bundesweit Begegnungen von ehrenamtlichen jüdischen Projektteilnehmenden mit Gruppen aus dem Bildungsbereich: von der Schulklasse bis zur Konfirmandengruppe, von der Volkshochschule bis zum Gesprächskreis einer Kirchengemeinde, vom Sportverein bis zur Universität. Das Projektteam findet ein zur Gruppe passendes Tandem für ein gemeinsames Gespräch auf Augenhöhe.

So unterschiedlich wie die Gruppen und die jüdischen Ehrenamtlichen sind, so unterschiedlich entwickeln sich auch die Gespräche und entfalten ihre ganz eigenen thematischen Schwerpunkte. Jede Begegnung ist einzigartig! Dabei verbindet alle Begegnungen eines: Sie stellen das lebendige jüdische Leben hier und heute in den Vordergrund. Im Fokus stehen vor allem: ein persönlicher



Foto: Meet a Jew

und individueller Einblick in verschiedene Arten, einen jüdischen Alltag zu leben; ein Überblick über die Vielfalt des aktuellen jüdischen Lebens in Deutschland; die Möglichkeit, uneingeschränkt Fragen zu stellen; eine differenzierte Auseinandersetzung mit Vorurteilen. Alle Ehrenamtlichen haben einen eigenen persönlichen Zugang zu häufig nachgefragten Themen wie Religion, Glauben, religiöse Praxis, Bezug zu Israel, Familie, Migration.

»Meet a Jew« ist ein Projekt des Zentralrats der Juden in Deutschland und wird gefördert durch das Bundesprogramm »Demokratie leben!« des Ministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend.

Kontakt: Eine Begegnungs-Anfrage für Ihre Gruppe stellen Sie am besten über das Kontaktformular auf der Website: www.meetajew.de.
E-Mail: meetajew@zentralratderjuden.de

FILM: WIR SIND JETZT HIER – EIN FILM ÜBER DAS ANKOMMEN IN DEUTSCHLAND

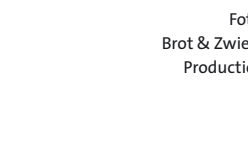
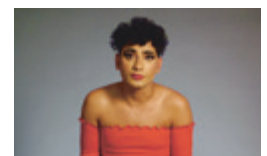
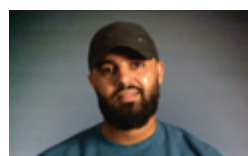
Als 2015 mehr als 800.000 Geflüchtete nach Deutschland kamen, waren sie die Angstgegner aller Integrations-skeptiker*innen: Junge Männer, die allein aus Syrien oder Afghanistan, aus Somalia, Eritrea oder dem Irak nach Deutschland kamen. Sie wurden zur Projektionsfläche für ernsthafte Sorgen genauso wie für plumpen Rassismus.

Zugleich wurde viel häufiger über sie gesprochen als mit ihnen – und genau dort setzt der Film »Wir sind jetzt hier« an. Sieben junge Männer erzählen in die Kamera vom Ankommen in Deutschland – von lustigen und beglückenden Momenten und von Momenten tiefster Verzweiflung, von ihren Ängsten und wie sie mit ihnen umgegangen sind, von Rassismus und von der Liebe. Ihre Geschichten lassen die Zuschauer*innen teilhaben an den emotionalen Turbulenzen, die eine Flucht fast immer nach sich zieht und sie erzählen viel darüber, was es auch in den nächsten Jahren noch braucht, damit Integration gelingt.

Filmvorführungen und Gespräche mit den Macher*innen und Protagonisten sind im Rahmen der Interkulturellen Woche möglich.

Kontakt: schenck.niklas@gmail.com

Ein ausführliches Interview mit Regisseur Niklas Schenk lesen sie auf unserer Homepage: www.interkulturellewoche.de/goodpractice



Fotos:
Brot & Zwiebel
Productions



BUCH: MOHAMED AMJAHID: DER WEISSE FLECK – EINE ANLEITUNG ZU ANTIRASSISTISCHEM DENKEN

Weiße Privilegien, Andersmachung von verletzlichen Minderheiten und rassistische Gewalt – die aktuelle Debatte zeigt, dass wir noch einen langen Weg vor uns haben. Auch wenn das Bewusstsein für die Ungleichheit gewachsen ist: Rassistisches Denken ist nach wie vor tief in uns allen verankert – und doch unsichtbar für die weiße Mehrheitsgesellschaft. Diese blinden Flecken will Mohamed Amjahid auflösen. Er zeigt nicht nur, wie das System weißer Privilegien wirkt, sondern auch ganz konkret anhand von 50 Empfehlungen, wie wir Rassismus verlernen und so einer friedlichen, gerechten und inklusiven Gesellschaft gemeinsam näherkommen.

»Der weiße Fleck« ist ein Buch für alle weißen Menschen, die einen Wandel herbeiführen möchten und für alle nichtweißen Menschen, die verstehen wollen, warum diese Welt so ist, wie sie ist. Während in den vergangenen Jahren mehrere Autor*innen aus ihren

Perspektiven und Lebensrealitäten heraus beschrieben haben, dass es strukturellen Rassismus gibt, tauchte immer wieder eine simple Frage auf, die vor allem weiße Leser*innen und Gesprächspartner*innen Mohamed Amjahid gestellt haben: Und nun?

Sein Buch reagiert darauf und bietet neue Ansätze für die antirassistische Debatte im deutschsprachigen Raum. Es beschreibt sowohl auf struktureller als auch auf persönlicher Ebene, wie das System weißer Privilegien überhaupt wirkt, wie tief es in unser Leben eingedrungen ist – und was man als Gemeinschaft oder als Individuum konkret tun kann, um Racial Justice und ganz allgemein mehr Gerechtigkeit herzustellen.

Mohamed Amjahid, 1988 in Frankfurt am Main geboren, ist politischer Journalist, Buchautor und Moderator und lebt in Berlin. 2017 erschien sein Sachbuch-Debüt »Unter Weißen.



Was es heißt, privilegiert zu sein«. Er kann für Lesungen oder andere Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Info: Mohamed Amjahid: Der weiße Fleck – Eine Anleitung zu antirassistischem Denken, 224 Seiten. EAN: 978-3-492-06216-9.

Kontakt: Antje.Leipic@piper.de

WORKSHOP UND ONLINE-SEMINAR: GEGEN RASSISMUS UND HATE SPEECH, FÜR MEDIENKOMPETENZ UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Said Rezek ist Politikwissenschaftler, Trainer und freier Journalist. In seinem 2020 veröffentlichten Buch »Bloggen gegen Rassismus - Holen wir uns das Netz zurück!« beleuchtet er die rechte Szene im Netz und zeigt den Leser:innen, wie sie sich gegen Rassismus und für eine vielfältige Gesellschaft im Netz engagieren können. Rezek ist davon überzeugt: Jede:r kann der Hetze im Netz Paroli bieten und positive Akzente für eine vielfältige, friedliche und demokratische Gesellschaft setzen.

Rezek bietet außerdem Blogger:innen-Workshops an, in denen er die Teilnehmer:innen empowert und ihnen mit praktischen Beispielen, Übungen und Lösungen zeigt, wie sie

- virale Blog-Beiträge gegen Rassismus und für eine vielfältige Gesellschaft produzieren,
- spezielle Beitragsformen für soziale Netzwerke erstellen, zum Beispiel offene Briefe, Listicles, Tweets und Memes,

- das Handwerk des Bloggens professionell einsetzen, zum Beispiel die Themen- oder die Bildersuche und nicht zuletzt die Recherche,
- sich vor den Risiken des Bloggens schützen, darunter Hassrede, Filterblasen, Fake News und Verletzung der Privatsphäre.

Der Workshop ist für Jugendliche und Erwachsene gleichermaßen geeignet. Die Inhalte passt Said Rezek an die Kenntnisse der Teilnehmer:innen an, sodass sich alle, unabhängig von ihren Erfahrungen, gleichermaßen einarbeiten können. Er kann zudem für Lesungen oder andere Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Woche angefragt werden.

Info: Said Rezek: Bloggen gegen Rassismus – Holen wir uns das Netz zurück!, 204 Seiten. ISBN: 978-3-7497-7846-1

Kontakt: office@said-rezek.de | 0177 688 5506



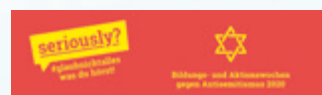
ZUSAMMEN ENGAGIERT: DIE »AKTIONSTAGE FÜR DIE MENSCHENWÜRDE«

In Deutschland engagieren sich tausende Menschen mit einer großen Vielfalt an Aktionstagen und -wochen meist ehrenamtlich für ein friedliches Miteinander. Sie bemühen sich um die Gestaltung einer menschenfreundlichen und solidarischen Gesellschaft und treten ein gegen Diskriminierung, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Hass und Hetze. Im Arbeitskreis »Aktionstage für die Menschenwürde« haben sich Initiativen zusammengeschlossen, die pro Jahr über 10.000 Veranstaltungen organisieren. Auch die Interkulturelle Woche gehört zu diesem Netzwerk.



28. Mai 2021:
Tag der Nachbarn

9. Okt. bis 9. Nov. 2021:
Aktionswochen gegen Antisemitismus



1. Juli 2021:
Tag gegen antimuslimischen Rassismus

10. Dezember 2021:
Tag der Menschenrechte



26. Sep. bis 3. Okt. 2021:
Interkulturelle Woche

6. bis 13. März 2022:
Woche der Brüderlichkeit



1. Oktober 2021:
Tag des Flüchtlings

14. bis 27. März 2022:
Internationale Wochen gegen Rassismus



3. Oktober 2021:
Tag der offenen Moschee

8. April 2022:
Internationaler Roma-Tag



Weitere Texte zum Thema »IKW vor Ort« finden Sie auf unserer Homepage:

- Dokumentation der AG »Die Interkulturelle Woche vor Ort – Erfahrungen und Perspektiven – Themen und Formate« bei der bundesweiten Vorbereitungsstagung zur IKW | Steffen Blatt
- Interkulturelle Woche digital – Ein Rückblick auf 2020 – Eine Zusammenstellung von Veranstaltungen und Aktionen, die digital zur Verfügung stehen | Steffen Blatt
- Ideen für die Interkulturelle Woche – Veranstaltungen und Aktionen, die auch in Zeiten von Kontakteinschränkungen funktionieren | Steffen Blatt

www.interkulturellewoche.de/ikw-vor-ort





WAS | WANN | WO

Mehr Infos zur Interkulturellen Woche (IKW)

DIE IKW 2021 FINDET STATT! Wir wissen nicht, wie die Corona-Rahmenbedingungen im September genau sein werden. Wir hoffen jedoch, dass dann wieder Präsenzveranstaltungen möglich sind. Informieren Sie sich über die jeweils gültigen Regelungen in Ihrem Bundesland. Ideen für Formate, die sich auch in Zeiten von Kontaktbeschränkungen verwirklichen lassen, finden sie unter www.interkulturellewoche.de/ikw-vor-ort.

VERANSTALTUNGEN Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss veröffentlicht Veranstaltungen zur IKW in einer Datenbank auf der Homepage www.interkulturellewoche.de. Ihre Programme für die Veranstaltungsdatenbank können Sie dort selbst hochladen. Bitte senden Sie uns zusätzlich zu Dokumentationszwecken Ihre Programme weiterhin auch per Post zu: Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche, Postfach 160646, 60069 Frankfurt/Main.

NEWSLETTER Vier- bis fünfmal jährlich erscheint der »Newsletter Interkulturelle Woche«, in dem wir über aktuelle Entwicklungen informieren sowie Materialien und Good Practice-Beispiele vorstellen. Registrieren Sie sich unter www.interkulturellewoche.de/newsletter und bleiben Sie auf dem neusten Stand.

GOOD-PRACTICE-RECHERCHE In der IKW gibt es eine Vielzahl von gelungenen Projekten und Veranstaltungen. Wir möchten eine Auswahl im bundesweiten Newsletter, auf der Homepage und im Materialheft 2022 vorstellen. Bitte mailen Sie uns (Kurz-)Berichte über Ihre Projekte – nach Möglichkeit mit mehreren Bildmotiven in hoher Auflösung an info@interkulturellewoche.de oder senden Sie uns Links zu digitalen Formaten.

BAUSTEINE FÜR GOTTESDIENSTE Vorschläge für Aktionen und Texte, die in Gottesdiensten und religiösen Veranstaltungen im Rahmen der IKW verwendet werden können oder die bereits erfolgreich erprobt wurden, sind uns willkommen. Wir stellen diese Impulse fortlaufend auf der Homepage ein. Bitte senden Sie Ihre Vorschläge – nach Möglichkeit mit mehreren Bildmotiven in hoher Auflösung – per Mail an info@interkulturellewoche.de oder schicken Sie uns Links zu digitalen Formaten.

UNSERE HASHTAGS:
#OFFENGEHT
#IKW2021

SOCIAL MEDIA Posten, teilen und liken Sie Artikel zur IKW unter den Hashtags #offengeht und #ikw2021. Geben Sie uns einen Hinweis, wenn Sie etwas veröffentlichen, wir tragen Ihre Posts gerne weiter. Besuchen Sie uns gerne auf [Facebook](#), [Instagram](#) und [Twitter](#) und lassen Sie ein »Gefällt mir« da.

INFORMATION ZUM TERMIN DER IKW

Früher galt die Regel: »Die IKW findet in der Regel von Sonntag bis Samstag vor dem Erntedankfest statt.« Seit 2019 läuft die IKW immer von Sonntag bis Sonntag. Damit schließt sie auch den »Welttag des Migranten und Flüchtlings« ein, der von Papst Franziskus von Januar auf den letzten Sonntag im September verlegt wurde.

Auch zeigt sich mittlerweile, dass die meisten Interkulturellen Wochen Ende September beginnen, durchaus aber auch später starten und/oder länger als eine Woche dauern. Letztlich entscheidend für den Termin der IKW vor Ort ist die lokale Planbarkeit – auch wenn die IKW damit gelegentlich von dem vom ÖVA empfohlenen Termin abweicht.

Das jeweilige Motto der kommenden IKW steht in der Regel spätestens Ende November fest.

TERMINE

2021

Sonntag, 26. September:
Bundesweiter Auftakt der IKW in Rostock.

Sonntag, 26. September, bis Sonntag, 3. Oktober,
ist der empfohlene Termin für die IKW 2021.

Freitag, 1. Oktober:
Tag des Flüchtlings.

2022

11. und 12. Februar 2022:
Vorbereitungstagung zur IKW im Digital-Format.

Sonntag, 25. September, bis Sonntag, 2. Oktober,
ist der empfohlene Termin für die IKW 2022.

Freitag, 30. September:
Tag des Flüchtlings.



www.interkulturellewoche.de

www.facebook.com/interkulturellewoche

www.instagram.com/interkulturellewoche

www.twitter.com/initiative_ikw

info@interkulturellewoche.de

→ Alle Materialien zur Interkulturellen Woche 2021 können Sie unter www.interkulturellewoche.de bestellen. Dort finden Sie das Bestellformular mit den Kosten für die jeweiligen Artikel.



- Als Termin für die Interkulturelle Woche 2021 wird der Zeitraum 26. September bis 3. Oktober empfohlen
- Freitag, 1. Oktober 2021, ist der Tag des Flüchtlings.

Herausgeber

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche
Postfach 16 06 46, 60069 Frankfurt/Main
Tel.: 069 / 24 23 14 60
Fax: 069 / 24 23 14 71

E-Mail: info@interkulturellewoche.de
Internet: www.interkulturellewoche.de
Facebook: www.facebook.com/interkulturellewoche
Instagram: www.instagram.com/interkulturellewoche
Twitter: www.twitter.com/initiative_ikw

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) zur Interkulturellen Woche bereitet die jährlich stattfindende Interkulturelle Woche (IKW) bundesweit vor. Er empfiehlt eine inhaltliche Schwerpunktsetzung, führt jährlich die bundesweite Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche durch, stellt Materialien für die Vorbereitungsgruppen vor Ort zur Verfügung und organisiert eine zentrale bundesweite Auftakt-Veranstaltung. In den ÖVA werden von den Kirchen 15 Mitglieder berufen. Bis zu sechs weitere Mitglieder werden aus Institutionen, Organisationen und gesellschaftlich wichtigen Bereichen kooptiert.

Die aktuelle Legislaturperiode hat am 1. Januar 2021 begonnen. Folgende Mitglieder wurden von den Kirchen berufen:

Katholisch

- Dr. Emeka Ani, Geschäftsführer, Bundespastoralrat der Katholiken anderer Muttersprachen beim Zentralkomitee der deutschen Katholiken, Raunheim
- Kerstin Düsch, Kommissariat der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin
- Elena Knežević, Referat Migration und Integration, Deutscher Caritasverband, Freiburg
- Dr. Lukas Schreiber, Nationaldirektor für die Ausländerseelsorge, Deutsche Bischofskonferenz, Bonn
- Monika Schwenke, Abteilung Migration/Integration, Caritasverband für das Bistum Magdeburg
- JProf. Dr. Tobias Specker SJ, Philosophisch-Theologische Hochschule Sankt Georgen, Frankfurt/Main

Evangelisch

- Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland, Berlin
- OKRin Sabine Dreßler, Kirchenamt der EKD, Hannover
- Dr. Aguswati Hildebrandt Rambe, Fachstelle Interkulturell Evangelisch der ELKB, München
- Dr. Beate Sträter, Schulreferentin und Mitglied der Synode der EKD, Bonn
- Jutta Weduwen, Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, Berlin
- Ioanna Zacharaki, Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, Düsseldorf

Griechisch-Orthodox

- Erzpriester Dr. Georgios Basioudis, Griechisch-Orthodoxe Kirchengemeinde, Mannheim
- Archimandrit Georgios Siomos, Griechisch-Orthodoxe Allerheiligenkirche München

Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF)

- Konstantin von Abendroth, Vereinigung Evangelischer Freikirchen, Berlin

Momentan beraten die neu berufenen Mitglieder über die Kooptationen. Voraussichtlich im Mai wird der »neue« ÖVA erstmalig zusammentreten und einen neuen Vorstand wählen. Bis dahin vertreten Dr. Georgios Basioudis und Dr. Beate Sträter als stellvertretende Vorsitzende den ÖVA. Ab Juni stellen sich die ÖVA-Mitglieder in einer Bildergalerie auf www.interkulturellewoche.de vor.

Geschäftsführung: Friederike Ekol, Frankfurt/Main

Redaktion: Steffen Blatt, Friederike Ekol

Titelbild: Morgenstern & Kaes GmbH, Ludwigsburg

Layout: Wolfgang Scheffler, Mainz

Herstellung: direct., Hamburg

Gedruckt auf 100 % Recycling-Papier

Diese Materialien ergänzen die bisher vom Ökumenischen Vorbereitungsausschuss herausgegebenen Veröffentlichungen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder. Das Copyright an Texten und Bildern liegt beim ÖVA zur IKW oder bei Dritten. Eine weitere Verwendung ist nur nach Rücksprache möglich.

Der Ökumenische Vorbereitungsausschuss (ÖVA) zur Interkulturellen Woche (IKW) ist eine unselbständige Einrichtung der EKD. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und wird insbesondere in allgemeinen Angelegenheiten durch den Präsidenten des Kirchenamtes der EKD, Herrn Dr. Hans Ulrich Anke, vertreten.